

EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2023



Schluss mit unkontrollierter Zuwanderung 3

Kurswechsel in der Asylpolitik unumgänglich.



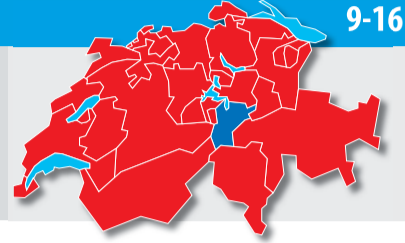
Stopp Genderwahn und Klimakleber 7

Reden, Schreiben, Essen: So will uns Links-Grün umerziehen.



Kanton Uri 9-16

Alles Wissenswerte zu den Nationalratswahlen.



Keine 10-Millionen-Schweiz!

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht?

Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Wollen wir einfach zuschauen, wie jedes Jahr rund 80'000 Personen zusätzlich in unsere kleine Schweiz kommen? **Wollen wir eine zubetonierte 10-Millionen-Schweiz?** Oder wollen wir wieder selber bestimmen, wer in unser Land kommt und wer nicht? So kann es nicht weitergehen oder unsere schöne Schweiz geht kaputt. Allein der Bund gibt dieses Jahr über 4 Milliarden Franken für

das Asylwesen aus. **Das sind 450 Steuerfranken, die jeder von uns bezahlen muss!** In einem Jahr!

Dazu kommen die Kosten in den Kantonen für Wohnungen, Krankenkasse, Sozialhilfe, Strafvollzug. Diese mehrheitlich jungen Asyl-Männer aus Afrika und arabischen Ländern leben auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Wollen wir das? Dabei können viele

Schweizerinnen und Schweizer ihre Krankenkassenprämien und Mieten kaum mehr bezahlen.

Klima-Kleber, Gender-Terror, links-grüner Verbotswahnsinn: **Radikale Minderheiten wollen uns vorschreiben, wie wir zu leben haben.** Ob wir noch Fleisch essen dürfen. Wo wir unsere Ferien verbringen. Sie wollen uns das Autofahren verbieten und keine Männer mehr

auf Strassenschildern zulassen. Sie versuchen, schon Kinder und Schüler mit ihren abstrusen Ideen zu beeinflussen. Dabei kann rund ein Viertel der Schulabgängerinnen und Schulabgänger nicht mehr richtig lesen, schreiben und rechnen.

Welche Schweiz wollen wir? Masslose Zuwanderung, Asyl-Chaos, Energiekrise, massiv steigende Preise, Wohnungs-

not, Probleme an den Schulen, zunehmende Gewalt auf den Strassen? Oder eine Schweiz, in der sich Frauen, Kinder und Jugendliche sicher und frei bewegen können, in der sich Arbeit lohnt, in der Asylschmarotzer und Kriminelle das Land verlassen müssen?

Wir als Volkspartei haben gewählt: Wir stehen ein für eine sichere Zukunft in Freiheit.



Claudia Brunner
in den Nationalrat
dynamisch - bodenständig - engagiert



Alles über mich!



SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Für eine sichere Zukunft in Freiheit



SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes



Andrina Trachsel,
Mutter von drei Kindern, Feuerthalen (ZH)

« Als Mutter von drei Kindern wünsche ich mir gute Schulen statt Gender-Wahn und eine Schweiz, die stolz auf ihre Traditionen und Werte ist. Dafür steht die SVP! »

Deshalb wähle ich am 22. Oktober



Richtungswahl für eine sichere Zukunft in Freiheit

Ein erneuter Links-Rutsch muss am 22. Oktober unbedingt verhindert werden. Sonst geht unser schönes Land kaputt. Gewinnt die SVP, gewinnt die Schweiz.



Nationalrat **Marcel Dettling**,
Wahlkampfleiter SVP Schweiz, Landwirt,
Oberiberg (SZ)

um die SVP als stärkste Partei die verheerende links-grüne Politik nicht stoppen kann. **Die Erklärung:** Wir haben zwar die grösste Fraktion im Bundeshaus, können aber wenig ausrichten, solange die anderen Parteien von Links bis zur Mitte unter einer Decke stecken. Darum ist es entscheidend, dass wir neue Mehrheitsverhältnisse schaffen.

**Gehen Sie
am 22. Oktober wählen.
Für eine sichere Zukunft
in Freiheit.**



Mehr SVP, damit die Schweiz Schweiz bleibt.

In welche Richtung bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren? Wollen wir eine Verbotsschweiz mit immer mehr Vorschriften, Bevormundung und Umerziehung? Wollen wir immer höhere Steuern und weniger Geld zum Leben? Wollen wir noch mehr Klimakleber auf den Strassen und noch mehr Gender-Tage an unseren Schulen? Wollen wir weiterhin eine ungebremste Zuwanderung, das totale Asylchaos und eine 10-Millionen-Schweiz? Das alles – und noch viel mehr – passiert, wenn die Linken und Grünen im Herbst erneut triumphieren.

Zu diesem Katastrophenszenario gibt es nur eine Alternative: Die SVP muss gestärkt werden. Besorgte Bürger fragen mich manchmal, war-

Das droht bei einem Wahlsieg von Links-Grün

Asylchaos ohne Ende

Offene Grenzen, noch mehr Asylschmarotzer und zusätzliche Milliardenkosten: Das blüht uns bei einem Wahlsieg der Linken. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider will sogar Asylanten direkt in die Schweiz einfliegen. Ihre Partei, die SP, fordert die Aufnahme von Asylmigranten aus aller Welt unabhängig vom Asylstatut – aber mit vollem Zugang zu unserem Sozialstaat.

Klima- und Verbotswahn

Die links-grüne Klimapolitik ist ein Desaster: Wir haben zu wenig Strom und die Energiepreise explodieren. Das sogenannte «Klima-Gesetz» haben die Befürworter mit der Lüge durchgebracht, es werde keine Verbote und neue Abgaben geben. Noch am Abstimmungssonntag liessen Cédric Wermuth (SP) und Balthasar Glättli (Grüne) die Maske fallen und kündigten umgehend neue Verbote an.

Ausverkauf der Heimat

Gewinnen die Linken und Grünen die Wahlen, werden sie die Schweiz in die EU und in die Nato führen. Die Neutralität wollen sie abschaffen und Schweizer Waffen und Munition in Kriegsgebiete liefern. Damit gefährden sie unsere Sicherheit, unseren Frieden und unsere Stabilität – und verkaufen unsere Heimat. Dem gilt es entschieden entgegen zu treten. Kämpfen wir für eine sichere Zukunft in Freiheit.

Mit der SVP die Sicherheit stärken

In Europa herrscht Krieg. Doch die Armee kann die Schweiz nicht mehr verteidigen. Auch die innere Sicherheit ist in Gefahr. Nur wer die SVP wählt, macht unser Land wieder sicher.



Ständerat **Werner Salzmann**, Präsident
der Sicherheitspolitischen Kommission
des Ständerates (SIK-S), Mülchi (BE)

Was für ein böses Erwachen! Es herrscht wieder Krieg in Europa – mit Infanterie-Waffen, Panzern, Artillerie und Kampfflugzeugen.

Der Schock sitzt tief. Aber es ist ein heilsamer Schock. Nun ist endlich auch dem Hintersten und Letzten klar, dass mit dem Mauerfall von 1989 nicht der ewige Friede ausgebrochen ist.

Kriege, auch konventionelle, sind jederzeit möglich. Darauf muss die Schweiz vorbereitet sein.

Armee wurde kaputtgespart

Die Armee wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch kaputtgespart. Sie hat ihre Verteidigungsfähigkeit eingebüsst. 1990 wurden noch 1,6% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in die Armee investiert, 2019 waren es nur noch 0,7%. Wir geben heute mehr Geld aus für das Asylwesen als für die Landwirtschaft.

Das muss schleunigst korrigiert werden, wie es die SVP als einzige Partei seit Jahren fordert. Das Parlament ist endlich erwacht und will bis 2030 das Armeebudget wieder auf mindestens 1% des BIP erhöhen. Ein wichtiger und notwendiger Schritt, damit die Armee die Vollausrüstung der bestehenden Strukturen erreicht und Planungssicherheit für die Erneuerung der Systeme erhält.

Die Schweiz ist kein sicheres Land mehr

Nicht zu vernachlässigen ist auch die innere Sicherheit. Die Kriminalität ist stark angestiegen. Einbrüche, Diebstähle, Gewalt, Drohungen, Vergewaltigungen, Randalen wie kürzlich in Lausanne, die importierte Ausländerkriminalität haben die Schweiz

unsicher gemacht. Mit der Preisgabe der Neutralität gefährden wir Frieden und Stabilität zusätzlich.

Dieser sicherheitspolitische Schlendrian muss ein Ende haben. Das können wir nur erreichen, wenn wir am 22. Oktober die SVP wählen. Für eine sichere Schweiz!



Editorial

Welche Schweiz wollen wir?



**Liebe Schweizerinnen
Liebe Schweizer**

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht? Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Ich mache mir Sorgen. Im Juni kamen meine Frau und unser Sohn abends nach Hause. Im Garten befanden sich zwei Nordafrikaner. Sie hatten bereits das Auto ausgeräumt. Die Männer waren aus der nahen Asylunterkunft.

Das ist nur einer von vielen Vorfällen in der Schweiz. Wir von der SVP kritisieren schon lange: Diese Leute haben nichts mit Asyl zu tun. Sie kommen mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Bei der grossen Mehrheit handelt es sich um junge Männer aus afrikanischen und arabischen Ländern. Sie suchen sich ihr Asyl-Land aus. Zum Beispiel die Schweiz. Weil sie wissen: Hier gibt es Sozialleistungen und sie können bleiben – dank der linksgrünen Asyl-Industrie. Wer diese Missstände ändern will, wählt SVP.

Unser Wohlstand ist nicht selbstverständlich

Ich mache mir Sorgen um unsere Schweiz. Jedes Jahr kommen rund 80'000 Personen zusätzlich in unser Land. Das entspricht der Bevölkerung des Kantons Schaffhausen oder des Kantons Jura. Man stopft jedes Jahr zusätzlich 80'000 Menschen in unser kleines Land. Ich frage Sie: Wollen wir eine 10-Millionen-Schweiz? Noch mehr Beton? Noch mehr Kriminalität? Staus? Kaum mehr bezahlbare Wohnungen? Klassenzimmer ohne Schweizer Kinder?

Welche Schweiz wollen wir? Wir leben in einem wunderbaren Land. Aber unser Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Freiheit sind nicht selbstverständlich. Als Präsident der SVP kann ich Ihnen versichern: Wir setzen uns für die Schweiz ein. Wir lassen uns auch nicht einschüchtern und nennen Probleme beim Namen.

Wir setzen uns für all jene ein, die etwas leisten in unserem Land und Verantwortung übernehmen. Sei es im Beruf oder in der Familie und für sich selbst. Tragen wir gemeinsam Sorge zu unserer Heimat.

Mit besten Grüssen



Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz, Ruvigliana (TI)

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'231'479 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

**Für eine sichere
Zukunft in Freiheit
SVP wählen!**



Die unkontrollierte Zuwanderung zerstört die Zukunftschancen unserer Kinder!

So sieht der Alltag in vielen Klassenzimmern in der ganzen Schweiz aus. Beispiel einer Schulklasse mit 24 Schülerinnen und Schülern in einer Realschule: 1/3 der Schüler hat Sprachprobleme, 1/3 Lernstörungen, 1/3 ist verhaltensauffällig oder verweigert häufig jede Kooperation. So ist sinnvolles Unterrichten und Lernen nicht mehr möglich. Darunter leiden alle leistungsbereiten Kinder, denn ihnen wird damit eine gute Ausbildung verunmöglicht!

Aus dem Leben von Lehrpersonen in der Schweiz

- 11.00 Uhr Schweizer Kinder in Minderheit**
In Genf sind 45% der Schülerinnen und Schüler fremdsprachig. Im Aargau haben 68% der Kinder unter 7 Jahren einen Migrationshintergrund.
- 12.00 Uhr Krisensitzung statt Mittag**
Schulleitung, Schulpsychologin und Polizei – eine Schülerin hat einen Schweizer Freund und wird von ihrer Familie bedroht.
- 13.45 Uhr Ein Viertel kann nicht richtig lesen**
Gemäss PISA-Studie kann ein Viertel der Schweizer Schüler nicht richtig lesen und versteht Textaufgaben nicht. Besonders in Klassen mit hohem Migrationsanteil.
- 15.00 Uhr Tausende Heilpädagogen**
A. fehlt – er hat einen Termin vor Jugendgericht. Erziehungsberatung und Psychiater sind eingeschaltet. Einweisung in Wohngruppe beantragt. Kosten muss Gemeinde übernehmen. In der Schweiz gibt es rund 6000 Heilpädagogen. Dazu kommen Logopädinnen, Förderlehrer für fremdsprachige Kinder, Schulpsychologinnen usw.
- 16.30 Uhr Verbot von Weihnachtsliedern**
Mail an alle Lehrpersonen: Die Schulleitung verbietet christliche Weihnachtslieder. Aus «Rücksicht gegenüber anderen Kulturen und Religionen».
- 19.00 Uhr Desinteressierte Eltern**
Mutter von D. wieder nicht zur Sprechstunde erschienen. Somali-Dolmetscher wieder vergebens aufgebeten – bezahlen müssen wir ihn trotzdem.
- 7.45 Uhr Integration um jeden Preis**
Alle werden in eine Klasse gestopft: Kinder mit Behinderungen, Problemschüler, fremdsprachige Kinder. Diese linksgrüne Ideologie der Gleichmacherei («Inklusion») macht die anderen Schüler zu Bildungs-Verlierern.
- 9.30 Uhr Schüler schlägt Lehrer**
Ein Sek-Schüler in Pruntrut ist während des Unterrichts eingeschlafen. Als er geweckt wird, schlägt der Jugendliche dem Lehrer mit voller Wucht ins Gesicht. Jede zweite Lehrperson im Kanton Jura hat bereits Gewalt erlebt.
- 10.15 Uhr Verdacht auf Zwangsehe**
Nach den Sommerferien erscheint ein türkisches Mädchen nicht mehr im Unterricht. Offenbar wurde sie in ihrer Heimat verheiratet.

Asylpolitik: Kurswechsel ist unumgänglich

Bald 40'000 Asylgesuche, überlastete Gemeinden und überforderte Behörden: Die Situation im Migrationsbereich ist desolat. Selbst die EU diskutiert eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Doch in Bundesbern bewegt sich nichts. Wann übernimmt der Bundesrat endlich Verantwortung?



Nationalrat und Ständeratskandidat **Gregor Rutz**, Mitglied Staatpolitische Kommission, Zürich (ZH)

Die weltweiten Migrationsbewegungen nehmen massiv zu. Hunderttausende strömen nach Europa. Wer so weit reist, tut dies meist aus ganz klaren Gründen. Diese Zuwanderer stossen zwar auf der Asylschiene zu uns, sind aber Wirtschaftsmigranten. Sie hoffen auf bessere Perspektiven und mehr Wohlstand. Und sie wissen: Wer einmal in der Schweiz ist, kann hier bleiben. Auch ohne Asylgrund werden sie nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt. Dauerhafter Aufenthalt in Europa ist garantiert – soziale Hängematte inklusive.

Wer einmal hier ist, kann bleiben

In den letzten 20 Jahren wurden 100'690 Personen trotz abgelehntem Asylgesuch «vorläufig aufgenommen». Fast alle sind noch hier: rund 7'000 haben sogar den Schweizer Pass erhalten! Die meisten Asilmigranten bleiben für immer hier – und unser Asylsystem bietet die Voraussetzungen dazu.

Die Behörden schauen weg und tun nichts, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Seit Jahren geben wir enorme finanzielle Mittel für den Vollzug des Asylrechts aus, können aber kaum beeinflussen, wer in die Schweiz kommt: «Damit gelangen Personen zu einem kürzeren oder längeren Aufenthalt in die Schweiz, die man eigentlich mit Blick auf den Arbeitsmarkt und auf ihren gesellschaftlichen Hintergrund gar nicht hier haben möchte» (NZZ, 12.2.2003). In einem Satz: Es kommen zu viele und die Falschen.

Neuausrichtung der Asylpolitik

Mit verfahrenstechnischen Änderungen sind die Probleme im Mi-

grationsbereich nicht mehr zu bewältigen. Unsere Gesetze sind veraltet. Wir müssen grundsätzlich umdenken. Potenzielle Migranten dürfen keinen Anreiz mehr haben, nach Europa zu kommen. Dazu gehört die Auslagerung von Asylverfahren.

Die EU will die Verfahren künftig an der Schengen-Aussengrenze durch-

führen. Ob dies reicht, ist fraglich. Erfolgsversprechender scheint der Weg Grossbritanniens, sämtliche Verfahren in Ruanda abzuwickeln. So will die britische Regierung illegale Einwanderer von der Überfahrt auf dem Ärmelkanal abschrecken. Auch die Schweiz muss die Auslagerung der Asylverfahren angehen. Nur so können wir das kriminelle Schlepper-

wesen und den organisierten Menschenhandel stoppen.

Wenn wir konsequent die Hilfe vor Ort ins Zentrum rücken, kann Bedürftigen gezielter geholfen werden. Hilfe und Schutz bedeuten nicht gleichzeitig Aufnahme – von dieser überholten Annahme gilt es sich zu lösen.

Asylbewerber vergewaltigt Frau (46) in Basler WC-Anlage

Im Februar soll sich ein Mann aus Ostafrika in einer öffentlichen Toilette in Basel an einer betrunkenen Frau vergreifen haben. Unfassbar: Da der Beschuldigte bereits wegen sexueller Belästigung verurteilt wurde, hätte er sich gar nicht im Kanton aufhalten dürfen.



Quelle: Blick, 10. Juli 2023

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am **22. Oktober**



Die Partei des Mittelstandes

Die masslose Zuwanderung der letzten 15 Schweizer Bevölkerung in fast allen Leben

Zubetonierung der Landschaft

Die Zubetonierung unserer Landschaft geht einher mit einem massiven Verlust von Landwirtschaftsflächen. Täglich werden in der Schweiz 9 Fussballfelder neue Siedlungsflächen überbaut. Gleichzeitig verschwinden jeden Tag 13 Fussballfelder an Wiesen und Landwirtschaftsland. Das führt zu einer Zersiedelung – und zu einer Schwächung der Versorgungssicherheit mit einheimischen und gesunden Nahrungsmitteln.

Für jeden sichtbar ist die dramatische Veränderung der Schweiz in wenigen Jahrzehnten. Das Mittelland ist in weiten Teilen einer Überbauungsorgie zum Opfer gefallen. Kein Wunder, wenn die Bevölkerung pro Jahr um rund 80'000 Personen wächst – hauptsächlich aufgrund der masslosen Zuwanderung. 80'000 Personen mehr pro Jahr heisst: Man stopft jedes Jahr den Kanton Schaffhausen zusätzlich in die Schweiz – und wundert sich über verschwindende Grünflächen. Es wird eng, laut und grau in unserem Land.



Überlastetes und teures Gesundheitswesen

Auch hier sorgt die masslose Zuwanderung für steigende Kosten. Die 180'000 Personen, die letztes Jahr zusätzlich in die Schweiz gekommen sind, beanspruchen Ärzte, Zahnärzte, Spitäler, Altersheime und so weiter. Damit ist auch klar: Der Fachkräftemangel, namentlich im Gesundheitswesen, ist selbstverschuldet.

Kostenanstieg Prämien 2000 bis 2020



Energie- und Stromverbrauch

Mehr Leute bedeutet mehr Stromverbrauch, das heisst höhere Strompreise. Hinzu kommt: Jede durch die jährliche Zuwanderung «neu entstehende Stadt» muss mit Energie und Strom versorgt werden. Diese Leute brauchen Strom, fahren Auto, wollen in einer geheizten Wohnung leben. Wie der gewaltige Strom-Mehrbedarf gedeckt werden kann, ist völlig unklar.



Explodierende Sozialkosten

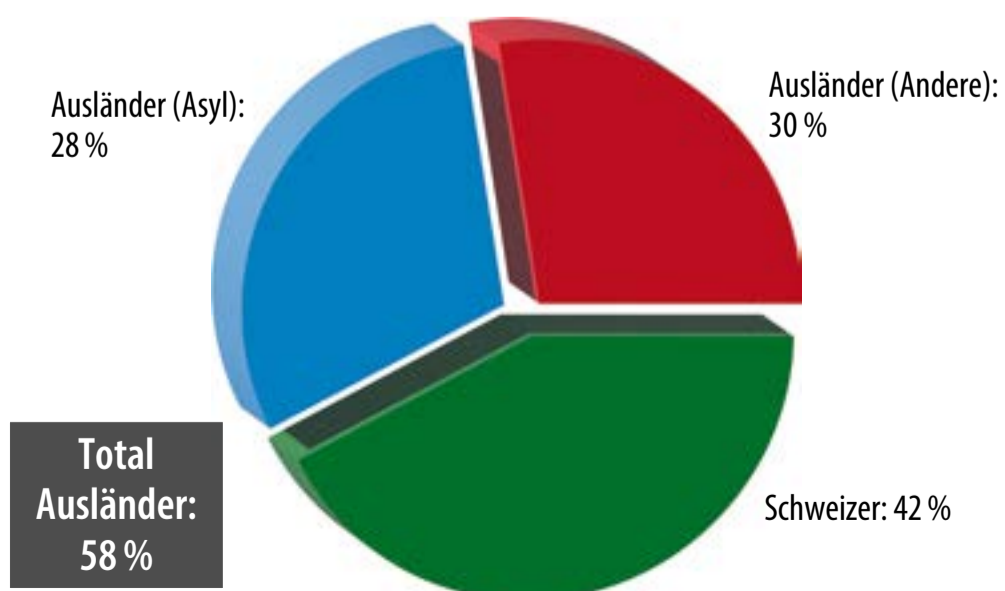
Die Ausländer beziehen viel häufiger Arbeitslosengelder und Sozialleistungen. Es findet eine milliardenteure Einwanderung in den Schweizer Sozialstaat statt. Allein die Zahl der Sozialhilfebezüger aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt 34,6 Prozent. Oder anders gesagt: Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt auf Kosten der Allgemeinheit.

Ausländer und insbesondere Asylsuchende/Flüchtlinge liegen dem Staat um ein Vielfaches mehr auf der Tasche als Schweizer. Ein Viertel aller «Schweizer» Sozialfälle verfügt über eine B-Bewilligung (hauptsächlich anerkannte Flüchtlinge mit B-Bewilligung).

37'000 Sozialhilfe-Bezüger sind «vorläufig aufgenommene» Asylmigranten mit negativem Asylentscheid. Das heisst: Jeder 8. Sozialhilfebezüger hätte eigentlich kein Recht, sich in der Schweiz aufzuhalten und dann noch auf Kosten der Allgemeinheit zu leben.

Auch bei der Arbeitslosenkasse zeigt sich das gleiche Bild. Im November 2022 waren praktisch gleich viele Ausländer (49,4 Prozent) arbeitslos wie Schweizer (50,6 Prozent). Ausländer sind also bei der Arbeitslosenkasse krass übervertreten: Ausländer sind doppelt so häufig arbeitslos wie Schweizer.

Sozialhilfebezüger nach Aufenthaltsstatus, 2021



Bildungsniveau sinkt

Schweizer Kinder werden zur Minderheit. Rund die Hälfte aller 15jährigen in der Schweiz haben einen Migrationshintergrund. Mehr als in jedem anderen Industrieland der Welt. Selbst das klassische Einwanderungsland Australien liegt deutlich zurück, geschweige denn Deutschland (28%) oder Frankreich (27%). Eine Auswertung im Kanton Aargau zeigt, dass 2021 68% der Kinder unter 7 Jahren in einem Haushalt mit Migrationshintergrund aufwachsen. Die Geburtenrate von Eritreerinnen liegt 4- bis 5-mal höher als von Schweizerinnen. In vielen Schweizer Schulklassen liegt der Anteil der Kinder, die nicht eine der Landessprachen sprechen, bei über 50%. Studien besagen, dass ab einem Anteil von 30% fremdsprachiger Kinder ein qualitativer Schulunterricht kaum mehr möglich ist. Gemäss der PISA-Studie von 2019 können ein Viertel der Schüler nicht richtig lesen und verstehen Textaufgaben nicht mehr.



Infra
Die Staus
fünffacht!
die Schwe
stoffpreise
ihrer Anti-
lichen Ver
Anschlag.



Quelle: ASTRA

Jahre hat die Lage für die sbereichen massiv verschärft:

Wohnungsnot

Aufgrund der ungebremsen Zuwanderung gibt es kaum mehr freie und bezahlbare Wohnungen in unserem Land. Darunter leiden besonders Normalverdiener, Familien, Alleinerziehende und Senioren.



**Netto-Zuwanderung EU, Drittstaaten, Asyl und Schutzstatus 2022:
plus 180'000 Personen in einem Jahr!**

**Dazu kommen 52'000 illegale Einreisen.
Hauptsächlich aus Afghanistan und Nordafrika.
Niemand weiss, wo sich diese Personen
inzwischen befinden.**

Importierte Gewalt und Kriminalität

In der Kriminalstatistik – auch bei schweren Delikten – und in den Gefängnissen sowie bei häuslicher Gewalt sind Zuwanderer gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überproportional vertreten.

So zeigt eine im September 2022 publizierte Studie der Universität Zürich, dass die sexuellen Übergriffe auf Mädchen in Sek-B-Klassen massiv angestiegen sind. Studienautor Denis Ribeaud vermutet laut «20 Minuten», dass der Anstieg der Gewalt auch mit dem hohen Migrationsanteil in den Sek-B-Klassen zusammenhänge. «Die fehlende Durchmischung spielt zweifellos eine Rolle», sagte Ribeaud auch in einem Interview mit der Sonntagszeitung. «Wenn an einer Schule die patriarchal geprägten Normen dominieren, wie häufig im migrantischen Milieu, dann gehen damit gewisse Haltungen einher.»

Die Schweiz hatte einst einen legendären Ruf als sicheres und stabiles Land. Heute zeigt sich immer mehr die hässliche Fratze der importierten Gewalt und Kriminalität. Wir haben es mit einem doppelten Problem zu tun: Die linksgrünen Parteien unterstützen die von Schlepperbanden organisierte Asylumigration in die Schweiz. Bundesbern verhindert die vom Volk angenommene Initiative zur konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer. Diese toxische Verbindung führt zu einer «neuen Normalität» in unserem Land:

71 % der Insassen in Schweizer Gefängnissen sind Ausländer. In Europa: 15 %

56 % der Tötungsdelikte begehen Ausländer. Tätersuche, Strafverfahren, Inhaftierung und Opferhilfe kosten Milliarden.

57 % der Vergewaltigungen werden durch Ausländer und Asylanten verübt. Viele Frauen trauen sich nachts nicht mehr auf die Strasse.

Strukturen am Anschlag

Stunden auf den Strassen haben sich innert 20 Jahren verdoppelt. Doch statt endlich die Zuwanderung zu steuern, werden Treiber Autofahrer mit noch mehr Abgaben und höheren Treibern abgezockt. Die Linken und ihre Klima-Kleber sorgen für Auto-Politik für noch mehr Verkehrschaos. Auch beim öffentlichen Verkehr kommen wir wegen der masslosen Zuwanderung an den



Wohlstandsverlust

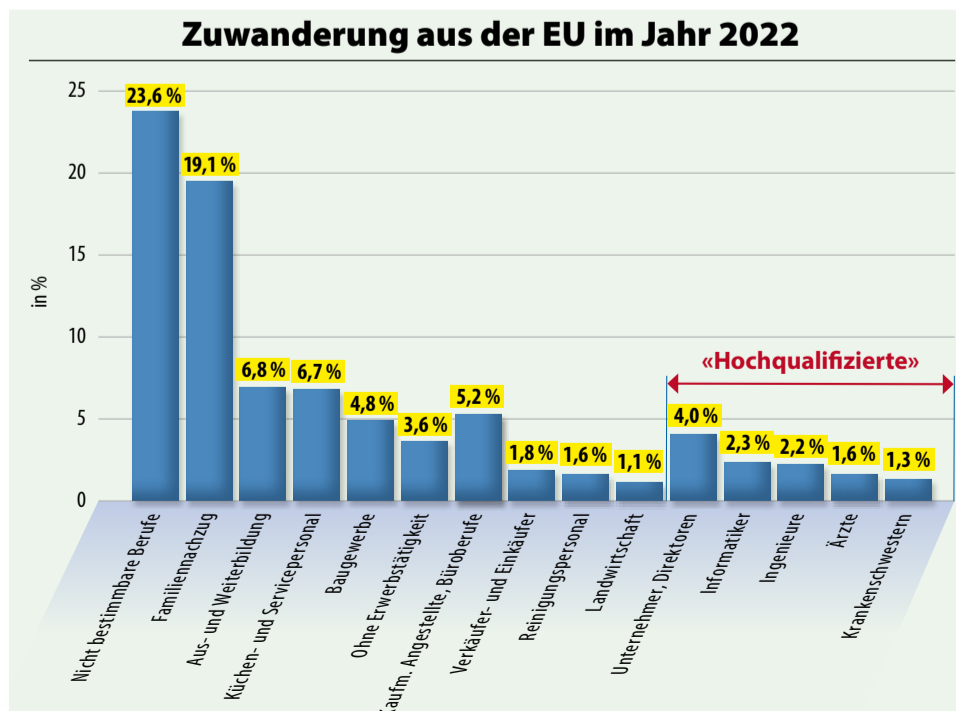
Der Wohlstand der Schweizer Bevölkerung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf – wächst kaum noch seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007.

Oder anders ausgedrückt: Der Kuchen wird zwar leicht grösser, aber er muss für immer mehr Personen reichen.

Die Klage über den «Fachkräftemangel» in der Schweiz ist gross. Dabei wird vergessen, dass ein Grossteil der Zuwanderer gar keine Fachkräfte sind. Es dominieren Familiennachzügler und Unqualifizierte. «Vier von fünf Zuzüglern sind keine Fachkräfte», titelte die «NZZ am Sonntag». Sie beruft sich dabei auf eine Studie der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion. Demnach arbeiten im Schweizer Durchschnitt nur knapp 20 Prozent der seit 2007 (volle Personenfreizügigkeit) eingewanderten Personen in einem Beruf, wo ein Mangel an Fachkräften herrscht. Bei den Grenzgängern ist sogar nur jeder Sechste ein gesuchter Spezialist. Statt dringend be-

nötigte Informatiker, Ärzte oder Informatiker führen Ungelernte ohne genügende Sprachkenntnisse die Berufsliste der Einwanderer an. Zusätzlich kritisch ist die Lage beim Familiennachzug: In den Jahren

2020 und 2021 waren es je über 40'000 Personen. **Eine an den Bedürfnissen der Schweiz und ihrer Wirtschaft ausgerichtete Migrationspolitik sieht definitiv anders aus.**



Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz



Nationalrat
Manuel Strupler,
Gartenbauunternehmer und
Landwirt,
Weinfelden (TG)

Als Gartenbauer, Landwirt und Familienvater mache ich mir Sorgen: Die Schweiz wird zubetoniert. Dieses unkontrollierte Bevölkerungswachstum ist für unser kleines Land nicht mehr verkraftbar.

Allein im letzten Jahr sind netto über 180'000 Personen in die Schweiz zugewandert. Das entspricht der Stadt Basel! Dieses Bevölkerungswachstum ist weder nachhaltig noch sinnvoll. Infrastruktur, Schulen, Wohneigentum, Landwirtschaftsflächen, Natur und Energieversorgung stehen vor dem Kollaps.

Darum haben wir die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» lanciert. Bei dieser wichtigen Initiative bin ich im Co-Präsidium und zähle auf Ihre Unterstützung. Wir wollen eine Zuwanderung, die wir wieder selber steuern können. Aber keine Zuwanderung, die mehr Verlierer als Gewinner produziert. Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz. Für unsere Kinder und Enkelkinder. Deshalb bitte ich Sie: Unterschreiben Sie noch heute den beigelegten Unterschriftenbogen und motivieren Sie auch Ihr Umfeld dazu.

Jetzt! Nachhaltigkeits-Initiative unterschreiben: Stopp der 10-Millionen-Schweiz



Thomas Matter,
Nationalrat,
Mitglied des
Initiativ-Komitees

Infolge der unkontrollierten Zuwanderung in unser Land droht uns demnächst eine 10-Millionen-Schweiz. Die regelrechte Bevölkerungsexplosion überfordert unsere Infrastrukturen zerstört unsere Natur und treibt die Mieten noch mehr in die Höhe. Nach dem Zustrom von über 180'000 Menschen in einem einzigen Jahr muss jetzt endlich gehandelt werden. **Unterschreiben Sie noch heute die dieser Zeitung beigelegte Volksinitiative.**



«Unsere Kinder sind die grössten Verlierer der missratenen links-grünen Asylpolitik»

Die Gemeinden werden von Asylanten überflutet. Nationalrätin und Gemeinderätin Martina Bircher sagt im Interview, was das kostet und welche Probleme so entstehen. Die Situation kann sich nur verbessern, wenn es nicht mehr möglich ist, in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen.



Nationalrätin **Martina Bircher**, Aarburg (AG)

Sie sind Sozialvorsteherin in der Gemeinde Aarburg (AG). Haben Sie noch freie Plätze für Asylbewerber?

Nein, durch die kantonale Asylunterkunft übertreffen wir unser Soll schon seit Jahren und haben nicht die Absicht, zusätzliche Plätze zu schaffen.

Wie viele Asylanten müssen Sie betreuen und wie viele davon sind echte Flüchtlinge im Sinne des Gesetzes?

Mit dem beschleunigten Asylverfahren werden den Gemeinden vorwiegend vorläufig aufgenommene Ausländer zugeteilt. Wir müssten 60 Personen aufnehmen, zusammen mit den Personen mit Status S sind es insgesamt 130. Dazu kommen noch alle die Personen, welche der Bund als Flüchtlinge anerkennt, insbesondere Eritreer. Diese haben freie Wohnungswahl, davon haben wir nochmals 200 Personen.

Wie viele davon sind Familien, wie viele junge Männer?

Bei den Personen, welche über die Asylschiene in die Schweiz kommen,

sind es vorwiegend Männer. Da der Bund aber an 40% den Flüchtlingsstatus verteilt und weiteren 20% die vorläufige Aufnahme, kommen die Frauen und Kinder zeitverzögert in die Schweiz mittels Familiennachzug.

Wie viele dieser Personen leben von der Sozialhilfe?

80 bis 90% leben von Sozialhilfe, nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig. Unser Sozialsystem garantiert jedem eine Wohnung inkl. Nebenkosten, Krankenversicherung, Franchise, Selbstbehalt, weitere Gesundheitskosten (z.B. Zahnarzt), Geld für den Lebensunterhalt sowie situationsbedingte Leistungen wie Möbel, ÖV etc. Wir haben viele Fälle, welche schon über eine ¼ Million Franken gekostet haben.

Wie viel mussten die Steuerzahler für den teuersten Fall aufwenden?

Wir hatten einmal eine eritreische Frau mit 4 Kindern im Mutter-Kind Heim, das kostete 25'000 Franken pro Monat. Wenn sich die KESB einschaltet, und das ist leider oft der Fall, wird es ganz teuer. Für 130 bis 150 Franken pro Stunde wird den Ausländern beigebracht, wie sie einkaufen oder wie sie ein Znüni für die Schule machen müssen. Wenn es zu einer Fremdplatzierung kommt, sprechen wir von Kosten zwischen

7'000 und 15'000 Franken pro Monat und Kind. All das ordnet die KESB an, die Gemeinde muss es dann einfach zahlen.

Finden die Asylanten eine Arbeit?

Leider ist das schwierig. Diese Personen kommen oft aus fremden Kulturen, haben kaum Schulbildung, die Arbeitgeber warten nicht auf diese «Fachkräfte». Erschwerend kommt hinzu, dass viele sehr viele Kinder haben. Selbst wenn sie einen Job finden, können wir sie nicht von der Sozialhilfe abmelden.

In vielen Schulen gibt es kaum mehr Kinder ohne «Migrationshintergrund». Wie ist die Situation in Ihrer Gemeinde?

Nach den Sommerferien führen wir Deutsch-Frühförderung ein, weil die meisten Kinder beim Kindergarten eintritt kein Wort Deutsch können. Pro Jahrgang haben wir jeweils 100 Kinder, 50 Schweizer und 50 Ausländer. Leider haben über 50% einen Deutsch-Frühförderbedarf. Das bedeutet, dass selbst bei eingebürgerten Eltern mit den Kindern zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird. Es gibt unzählige Studien, die belegen, dass ab einem Anteil von mehr als 30% Nicht-Deutschsprechenden ein qualitativer Schulunterricht nicht möglich ist. Unsere eigenen Kinder sind die grössten Verlierer dieser verfehlten Asyl- und Einwanderungspolitik.

«80 bis 90% aller Asylanten leben von Sozialhilfe. Nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig.»

Sie fordern eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Was meinen Sie damit konkret?

Würde Schengen-Dublin funktionieren, hätte die Schweiz, umgeben von sicheren Staaten, kein einziges Asylgesuch. Heute ist es aber so, dass 60% legal in der Schweiz bleiben dürfen, weil der Bund sie nicht zurückweist. Weitere 20%

bleiben da, obwohl sie gehen müssten, und nur 20% werden effektiv ausgeschafft. Sprich: Wer das Zauberwort «Asyl» sagt, bleibt zu 80% in der Schweiz. Daher müssen wir das System komplett ändern: In der Schweiz darf es gar nicht mehr möglich sein, ein Asylgesuch zu stellen, dies muss in einem Drittstaat geschehen.

Nichtintegration wird belohnt!

Was uns die links-grüne Asyl-Sozial-Industrie kostet:


Direktausgaben der Gemeinden im Aargau am Beispiel einer 4-köpfigen-Familie, die Sozialhilfe bezieht (alle Beträge steuerfrei!).

	Grundbedarf für 4 Personen	26'472.00 CHF
	Wohnung	16'800.00 CHF
	Haftpflichtversicherung	170.00 CHF
	Hausrat	245.00 CHF
	AHV-Beiträge	956.00 CHF
	Zahnarztkosten	3'500.00 CHF
	Selbstbehalt	2'100.00 CHF
	Franchise	600.00 CHF
	Brille	150.00 CHF
	Schullager	150.00 CHF

Weitere Kosten

	Beschäftigungs-/Integrationsprogramm	7'200.00 CHF
	Deutschkurs	3'500.00 CHF
	Krankenkassenprämien	11'920.00 CHF
	Personalaufwand, Administration	2'200.00 CHF

Einnahmen

	Kinderzulagen	4'800.00 CHF
---	---------------	--------------

Total Kosten

		75'963.00 CHF
---	--	----------------------

Asyl-Chaos: teuer, gefährlich, ungerecht

Zehntausende junge Männer kommen aus der ganzen Welt mit kriminellen Schlepperbanden in die Schweiz. Die Kantone müssen für viel Steuergeld Wohnungen mieten und stellen sogar Schweizer Mieter auf die Strasse. Die Kosten explodieren: Allein auf Bundesebene werden über 4 Milliarden Franken – fünf Prozent aller Bundesausgaben – dafür verwendet! Diebstähle, Gewalttaten, Belästigungen, Unsicherheit nehmen massiv zu.



Nationalrat **Thomas Aeschi**, Fraktionspräsident und Nationalrat SVP, Baar (ZG)

Das Chaos in der Asylpolitik belastet die Schweizer Bevölkerung. Jedes Jahr kommen Zehntausende Asyl-Migranten mit Hilfe von kriminellen Schlepperbanden in unser Land. Die Folgen dieser verantwortungslosen Politik sind fatal: Zu viele Asyl-Migranten

kommen aus frauenunterdrückenden Kulturen, sind kriminell und schlecht oder gar nicht ausgebildet – kurz: Sie sind kaum integrierbar.

Jeder dritte Afrikaner bezieht Sozialhilfe

Die Zahl der Sozialhilfebezügler aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt sagenhafte 34,6 Prozent! Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt also auf Kosten von uns Steuerzahlern.

Junge Männer aus Afrika, Afghanistan, dem Nahen Osten usw.

Aus der ganzen Welt kommen junge Männer mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Sie reisen durch

Eritreer ersticht Mann

«Messerstecherei in Solothurn endet tödlich – beim mutmasslichen Täter handelt es sich um einen Eritreer.»



Quelle: Blick, 02.08.2023/ Symbolbild

sichere Länder und suchen sich das beste Asyl-Land aus: zum Beispiel die Schweiz. Warum? Sie können hier auf Kosten der Allgemeinheit leben und werden kaum in ihr Herkunftsland zurückgeschafft. Das sorgt für enorme Kosten und Probleme bei unseren Sozialwerken, im Gesundheitswesen, in den Schulen sowie bei Polizei und Justiz.

Wer einmal in der Schweiz ist, bleibt hier

Das Asyl-Chaos zeigt sich auch im Vollzug. Das gilt insbesondere für die sogenannten «vorläufig Aufgenommenen». Sie müssten eigentlich die Schweiz verlassen, können aber angeblich nicht ausgeschafft werden. Zwischen 2011 und 2021 erhielten 65'126 Personen eine vorläufige

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am
22. Oktober



Aufnahme. Nur gerade 112 von ihnen mussten in diesen zehn Jahren tatsächlich die Schweiz verlassen. Der Rest bleibt hier und lebt in der Regel auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung oder taucht unter.

Dieses Asyl-Chaos muss endlich gestoppt werden!

2023: über 4 Milliarden Franken Kosten beim Bund allein! Pro Kopf und Jahr macht dies 450 Steuerfranken bzw. für eine 4-köpfige Familie 1'800 Franken

Asylausgaben Bund 2021:
Asylausgaben Bund 2022:
Asylausgaben Bund 2023 (Budget):

rund 1,5 Milliarden Franken
rund 2,4 Milliarden Franken
über 4 Milliarden Franken

Nein zum Gender-Wahn – Ja zur Freiheit

Ärgern Sie sich auch über all die neuen Schreibarten mit Doppelpunkten, Sternchen und anderen Symbolen? Unter dem Deckmantel der Toleranz will uns links-grün vorschreiben wie wir zu reden, zu denken und zu handeln haben. Die immer extremeren Forderungen greifen unsere freiheitlichen Werte an. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegenreten.



Ständerätin **Esther Friedli**, Gastronomin, Ebnat-Kappel (SG)

Seit einiger Zeit hören wir immer wieder Begriffe wie «Gender», «Wokeness» und «Cancel Culture». Unter diesen Begriffen können sich viele von uns nichts vorstellen oder denken sich dabei nichts Böses. Doch was harmlos tönt, ist in höchstem Masse beunruhigend. Entstanden sind diese Begriffe an amerikanischen Universitäten von Menschen, die sich zu den Eliten zählen und sich als tolerant und links bezeichnen.

Die konkreten Auswüchse dieser Ideologie treten auch bei uns immer mehr zum Vorschein: Dass zum Beispiel eine der für mich besten Süssigkeiten – der Mohrenkopf – nicht mehr so benannt

werden darf. Eine kleine Minderheit hat auf einen Grossverteiler so lange Druck ausgeübt, bis er ein Produkt, das der Hersteller immer noch Mohrenkopf nennt, aus den Verkaufsregalen genommen hat.

Oder unter dem Begriff «kulturelle Aneignung» dürfen Rasta-tragende weisse Musiker nicht mehr auftreten oder müssen ihr Konzert abbrechen, weil angeblich nur Schwarze Rasta-Frisuren tragen dürfen. Studenten berichten, dass sie in ihren Arbeiten eine gendergerechte Sprache verwenden müssen, sonst drohten ihnen Notenabzüge.

«Gender-Ideologie» dringt immer mehr in die Politik vor

Ein Auswuchs dieser links-grünen Ideologie aus den Städten ist «Gender». Bei dieser Ideologie wird davon ausgegangen, dass man nicht von Geburt an ein Geschlecht hat, sondern das Geschlecht frei wählen kann. Dabei gibt es nicht nur Frau und Mann, sondern Dutzende verschiedene Geschlechter.

«Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.»

Diesen Gender-Unsinn lesen und hören wir leider in immer mehr Medien. Und um niemanden irgendwie zu diskriminieren oder zu «verletzen», wird auch auf allen möglichen Einladungen «Parlamentarier:innen», «Freund*innen» oder sonst etwas geschrieben. Auch öffentliche Verwaltungen üben sich im «gendern». Ob die deutsche Sprache noch lesbar ist, wird dabei immer unwichtiger. Hauptsache, niemand fühlt irgendetwas Negatives. Und um ganz korrekt zu sein, wird sogar «das Mitglied» in «liebe Mitglieder:innen» umgewandelt. Dabei wird die Sprache mit den vielen Sonderzeichen immer unverständlicher – gerade auch für Menschen mit einer Sprachschwäche oder für fremdsprachige Personen.

«Geschlechtsneutrale» Toiletten an Schulen?

Wir erleben den Genderwahn aber nicht nur in der Sprache, auch in der Politik greift dieser wild um sich: In den Städten Zürich und Luzern sollen neu ein Drittel der Toiletten an den Schulen «geschlechtsneutral» sein. Pissoirs werden abgeschafft. An



Völlig überflüssig: Links-Grüne Gender-Ideologen wollen flächendeckend für viel Geld die Strassenschilder mit sog. gendergerechten Schildern ersetzen.

gewissen Schulen wird gar propagiert, ein anderes Geschlecht auszuprobieren bzw. dem Kind noch keinen Namen zu geben. Ohne Einwilligung der Eltern werden minderjährige Kinder diesem Gender-Irrsinn ausgesetzt.

Es gibt eine kleine Minderheit, die im falschen Körper geboren wurde und deren Probleme man ernst nehmen muss. Aber muss das jetzt die ganze

Gesellschaft betreffen? Muss sich nun jede und jeder fragen, ob er im richtigen Körper geboren wurde? Ich meine nein.

Und man fragt sich: Was kommt als Nächstes? Wo ist eigentlich der gesunde Menschenverstand geblieben? Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.

Versorgung mit einheimischen Nahrungsmitteln in Gefahr

Der Hauptauftrag der schweizerischen Landwirtschaft ist in der Bundesverfassung festgeschrieben: die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit einheimischen Nahrungsmitteln. Die Versorgung ist jedoch massiv gefährdet.



Nationalrat **Alois Huber**, Meisterlandwirt und Vizepräsident Schweizerischer Bauernverband, Wildeggen (AG)

Die Bauerfamilien leisten einen wichtigen Beitrag an unsere Ernährungssicherheit. Doch wir könnten heute im Krisenfall nur noch jede zweite Person in der Schweiz ernähren. Das zeigt der sogenannte «Selbstversorgungsgrad»: Er misst in Prozenten, wie viel unseres Lebensmittelbedarfs noch in der Schweiz produziert wird. Der Selbstversorgungsgrad lag 2020 noch bei netto 49 Prozent.

Der Selbstversorgungsgrad ist den letzten zwanzig Jahren um über 10 Prozent gesunken. Der wichtigste Grund ist das starke Bevölkerungswachstum: plus 1,5 Millionen seit 2002. Die Schweiz wird zubetoniert. Die Siedlungsfläche hat seit 1980 um 31 Prozent zugenommen – auf Kosten der Land-

wirtschaftsfläche. Die Ackerfläche pro Kopf liegt in der Schweiz noch bei 470 m². Zum Vergleich: In Österreich sind es 1500 m², in Deutschland 1410 m² pro Kopf.

Der zweite Grund, warum wir in der Schweiz immer weniger Lebensmittel produzieren, sind die ökologischen Vorschriften. Durch die aktuelle Agrarpolitik werden heute in der Schweiz circa 20 Prozent des Kulturlandes extensiv bewirtschaftet: also viel Ökologie, aber wenig Produktion.

Wollen wir in Zukunft eine totale Abhängigkeit in der Lebensmittelversorgung vom Ausland verhindern, darf der Selbstversorgungsgrad nicht weiter sinken, sondern muss wieder erhöht werden.

Dies gelingt aber nur, wenn wir das Bevölkerungswachstum stoppen und die Agrarpolitik für eine produzierende Landwirtschaft anpassen.



Die Krisen der letzten Jahre und Monate haben gezeigt, wie wichtig eine starke einheimische produzierende Landwirtschaft ist.

Stau auf den Strassen, Klima-Kleber, Feindbild Autofahrer

Jeden Tag stehen wir im Stau – wichtigste Ursache dafür ist die masslose Zuwanderung. Der volkswirtschaftliche Schaden geht in die Milliarden. Doch auch die schikanöse links-grüne Verkehrspolitik und ihre Klima-Kleber richten massiven Schaden an.



Nationalrat und Ständeratskandidat **Benjamin Giezendanner**, Transport-Unternehmer, Rothrist (AG)

Die masslose Zuwanderung bringt unsere Infrastruktur an den Rand des Kollapses. Das erleben wir täglich mit den Staus auf unseren Strassen. Seit 1995 sind über 1,5 Millionen Personen zugewandert. Die jährlichen Stautunden auf den Nationalstrassen haben sich seit 2000 vervierfacht!

Zum persönlichen Ärger kommen die massiven Kosten. Als kantonaler Gewerbeverbandspräsident und Transportunternehmer sind mir die Horror-Zahlen bekannt: Jeden Tag häufen sich auf den Schweizer Strassen 200'000 Stunden Verspätung an. Die verlorene Zeit kostet rund 3 Milliarden Franken pro Jahr. Das sind übrigens die aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE.

Die Mobilität ist der Motor unserer Volkswirtschaft. Wir zerstören unseren Wohlstand, wenn wir nicht zu einer vernünftigen und massvollen Zuwanderung zurückkehren.

Abzockerei der Autofahrer

Viele Schweizerinnen und Schweizer sind auf ein Auto angewiesen: Familien, Pendler, Handwerker, Menschen in ländlichen Gebieten. Die SVP wehrt sich gegen die Abzockerei der Autofahrer: Nur schon die Mineralölsteuer (inkl. Zuschläge) machen 1570 Franken im Jahr aus¹. Dazu kommen: Motorfahrzeugsteuer (im Schnitt 360 Franken), Autobahn-Vignette (40 Franken), Automobilsteuer, öffentliche Parkgebühren usw. Jeder Haushalt mit Auto zahlt mehr als 2000 Franken im Jahr an Abgaben.

Offenbar nicht genug für die links-grünen Parteien. Die grüne Fraktionschefin forderte einen Benzinpreis von 5 Franken pro Liter. Das wären rund 250 Franken pro Tankfüllung! Unbezahlbar für die meisten Schweizerinnen und Schweizer.

Klimakleber schikanieren Autofahrer

Klima-Kleber blockieren Strassen. Sie schikanieren die arbeitende Bevölkerung. Vor allem in den links-grün regierten Städten wird eine autofeindliche Politik betrieben: Aufhebung von Zufahrtsstrassen, Abbau von Parkplätzen, 30er-Zonen auf Durchgangsstrassen, Bussen-Terror, horrenden Parkgebühren. Manchmal möchte man ein Experiment machen: Was würde wohl passieren, wenn die Handwerker und Lieferanten von Gütern und Lebensmitteln die links-grünen Städte eine Woche bestreiken würden ...

Wer diese autofeindliche Politik korrigieren will, wählt im Oktober die SVP.

¹ Wohin fließen die Milliarden? - AUTOMOBIL.REVUE

Stautunden 2008 – 2022



Quelle: ASTRA – Verkehrsentwicklung und Verfügbarkeit der Nationalstrassen, BFS 2022

Wollen Sie eine 10-Millionen-Schweiz?

Immer mehr Einwanderung bedeutet höhere Mieten, mehr Ausländerkriminalität, verstopfte Strassen, sinkendes Bildungsniveau.

Mit einer kontrollierten Einwanderung schützen wir uns, unsere Kinder, unsere Natur und erhalten unsere lebenswerte Heimat.



Sie haben die Wahl!

**Am 22. Oktober SVP wählen.
Danke.**

Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

www.svp.ch/wettbewerb

01. Wie viele Menschen sind 2022 netto in die Schweiz eingewandert?

180'000 = S
 90'000 = X
 150'000 = Y

02. Wie hoch belaufen sich die Kosten für das Asylwesen beim Bund im 2023?

1 Mrd = OR 2,5 Mrd = LZ
 4 Mrd = VP

03. Was ist das Ziel der neuen SVP Volksinitiative?

Kriminelle Ausländer ausschaffen = P
 Keine 10-Millionen-Schweiz = W

04. Was ist das Ziel des Gendersterns?

Politische Bevormundung = ÄH
 Bessere Orientierung am Sternenhimmel = ÖR

05. Was ist das Wahlkampf-Motto der SVP?

Für eine sichere Zukunft in Freiheit = L
 Für eine sichere Freiheit in Zukunft = R

06. Wie viele Bundesräte hat die SVP?

Leider noch keine = BN
 Bereits zwei = EN

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

01. 02. 03. 04. 05. 06.

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 22. Oktober 2023

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2023 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Für eine sichere Zukunft in Freiheit – Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich wäre gerne per WhatsApp über die wichtigsten Aktivitäten der SVP Schweiz informiert.
Natel Nummer: _____
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Wahlkampagne** zur Verfügung zu stellen.
- Ich unterstütze die **SVP-Wahlkampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
- Ich spende _____ Franken auf **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001Y** der SVP Schweiz.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.

Name / Vorname

Strasse

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

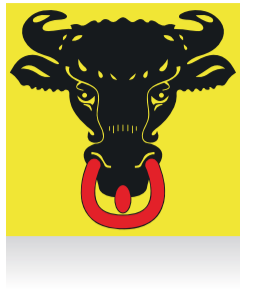
Unterschrift

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58

www.svp.ch

SVP
SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes

Die Nationalrätin der bürgerlichen Urner Mehrheit



Claudia Brunner ist 44-jährig und Urner Landrätin. Als Nationalratskandidatin möchte sie die bürgerliche Mehrheit des Kantons Uri in Bern vertreten - und den SVP-Nationalratsitz von Beat Arnold sel. zurückgewinnen.



Uri ist ein kleiner Kanton mit grossartigen Menschen. Wer in einem Bergkanton lebt, weiss: Der Wohlstand ist nicht geschenkt. Dazu gehören Arbeit, Einsatzbereitschaft und Eigenverantwortung. «Für diese bürgerlichen Werte, die unsere Schweiz erfolgreich gemacht haben, setze ich mich ein.»

Seit ihrer Nomination anfangs Mai ist Claudia Brunner im Wahlkampf. Seit zehn Jahren ist sie mit ihrem Urner Lebenspartner zusammen und wohnt in Altdorf. Bereits mit 28 Jahren baute sie ein eigenes Unternehmen auf. Das heisst Verantwortung übernehmen: für die Firma und vor allem für die mittlerweile rund 30 Mitarbeitenden.

«Meine Arbeit sichert mir den Kontakt zu den Sorgen und Nöten der Menschen»

Heute arbeitet Claudia Brunner im familieneigenen Unternehmen ihres Lebenspartners. Und sie würde auch als Nationalrätin weiterarbeiten: «Ich stehe zu unserem Milizsystem. Meine Arbeit sichert mir den Kontakt zu den

Menschen und ihren Sorgen und Nöten. Das halte ich für wichtig, um die Anliegen der Menschen in die Politik zu tragen.» Sie weiss, dass eine funktionierende Wirtschaft die Basis unseres Wohlstands und der Arbeitsplätze bildet. «Deshalb will ich mich in Bern dafür einsetzen, dass die KMU-Betriebe nicht noch mehr belastet werden mit Bürokratie und Abgaben.»

Claudia Brunner findet, der Kanton Uri verdiene eine Vertreterin im Nationalrat, die für die bürgerliche Urner Mehrheit steht: «Viele Abstimmungen zeigen, dass wir die bürgerliche Mehrheit besser vertreten als andere Parteien:

Beispiel Abstimmung zum CO2-Gesetz 2021:

Das CO2-Gesetz hätte massiv höhere Benzin- und Öl-Preise zur Folge gehabt. Mehrere Hundert Franken pro Haushalt im Jahr. Die Bevölkerung des Kantons Uri wäre besonders betroffen gewesen: Wir haben viele Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind. Und die Mieter und Wohneigentümer hätten noch teurere Energie-Rechnungen bekommen. Nur die SVP bekämpfte dieses teure und nutzlose Gesetz. Mit Erfolg!

Beispiel Klima-Gesetz («Stromfresser-Gesetz») 2023:

Auch hier stimmte die Urner Bevölkerung mit der SVP. Denn das Klima-Gesetz verbietet faktisch Benzin-Autos und Öl-Heizungen. Das wird zu massiv höheren Strom- und Energiepreisen führen. Die Stromkonzerne haben schon für dieses Jahr 27 Prozent höhere Preise angekündigt. Für einen durchschnittlichen Haushalt macht das 261 Franken Mehrkosten aus! Nächstes Jahr sollen die Strompreise nochmals um 12 Prozent steigen. Das

heisst, die Stromrechnung wird um rund 400 Franken teurer!

Beispiel Verhüllungsverbot (Burka-Verbot) 2021:

Wir wollen keinen radikalen Islam in der Schweiz, der die Frauen unterdrückt. Die SVP ist die einzige Partei, die auch unbequeme Themen wie Islam, Ausländerkriminalität, Massenzuwanderung angeht.

Zum Beispiel beim Stimmrechtsalter 16:

Als einzige Partei bekämpften wir 2021 im Kanton die Senkung des Stimmrechtsalters. Wer politisch mitbestimmen will, soll volljährig sein und auch Steuern zahlen. Pflichten und Rechte gehören zusammen!

Darf man einen Bisherigen herausfordern? Für Claudia Brunner ist das klar: «Eine Demokratie lebt doch davon, dass die Wählerinnen und Wähler eine Auswahl haben.» Dazu kommt, dass FDP und Mitte bereits eine Urner Vertretung in Bern haben. «Dass die bürgerliche Mehrheit von Uri auch in der grössten Fraktion vertreten ist, ist sicher ein Vorteil für unseren kleinen Kanton.»



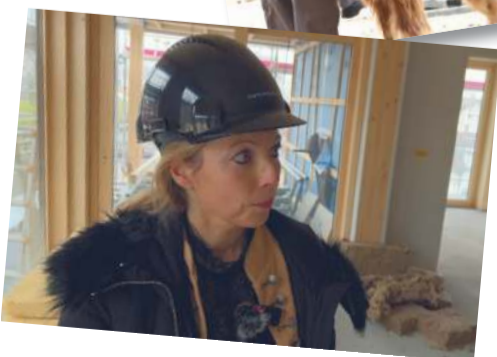
Claudia Brunner mag Tiere, besonders die Ziegen. «Es macht mir viel Freude, mit den Tieren zu sein. Vor allem, wenn wir die Geissen für eine Leistungsschau schön herrichten und präsentieren.»



Anpacken, wo es etwas zu tun gibt.



«Schwingen ist für mich die urschweizerische Sportart überhaupt.» Die Begeisterung geht so weit, dass Claudia Brunner nicht nur an die grossen Schwingfeste geht. Sie ist auch an den Jungschwinger-Anlässen anzutreffen. Wie zum Beispiel am diesjährigen Urnerboden-Schwinget. «Es war mir eine besondere Ehre, eine Gabe zu spenden.»



Bereits mit 28 Jahren gründete Claudia Brunner ihre eigene Firma. Heute arbeitet sie im Familienbetrieb ihres Lebenspartners in Uri.

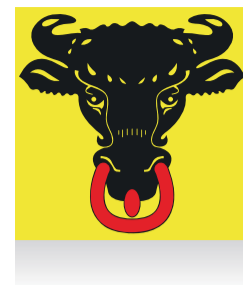


Zuhören und die Sorgen der Bevölkerung in die Politik tragen.



«Der Zusammenhalt in der Familie ist mir besonders wichtig.»

«Ich verstehe mich als Vertreterin der Urner Interessen in Bern»



Claudia Brunner sieht ihre Kandidatur als Chance, die Sorgen und Nöte der Urnerinnen und Urner in Bern zur Sprache zu bringen und besser zu vertreten. Im Interview erzählt sie, wie sie den Fachkräftemangel lösen und die Energiesicherheit erhöhen will.

Claudia Brunner, Sie greifen in Uri einen bisherigen Kandidaten an, der sich wieder der Wahl stellt. Darf man das?

Wir meinen ja. Drei Gründe: Zum ersten steht es einer Demokratie immer gut an, wenn die Bürgerinnen und Bürger eine Auswahl haben. Zum zweiten: Wenn man sich die kantonalen Abstimmungen anschaut, dann sieht man, dass der Kanton Uri über eine solide bürgerliche Mehrheit verfügt. Das kommt im Nationalrat aktuell nicht zum Ausdruck. Und zum Dritten haben wir in Uri drei grosse Parteien: CVP, FDP und SVP. Wir sind ganz entschieden der Meinung,

das alle drei Parteien in Bern vertreten sein sollen – das ist eine Frage der Konkordanz.

Sie versprechen eine bürgerliche Politik. Was heisst das?

Zunächst heisst es einmal, dass ich mich in Bern für die realen Sorgen und Nöte der Urnerinnen und Urner einsetzen werde. Ein wichtiges Thema sind die Grossraubtiere Wolf und Bär. Der Wolfsbestand steigt zur Zeit exponentiell, da laufen wir in ein grosses Problem hinein, wenn wir nicht schnell handeln. SVP-Bundesrat Albert Rösti ist bereit zu handeln, aber natürlich braucht er im Parlament die entsprechenden Mehrheiten. Ein anderes wichtiges Thema ist mir die Strom- und Energieversorgung: Wir bezahlen enorm viel für die Energie, und mit dem Stromfressergesetz wird das noch schlimmer, wenn wir nicht Gegensteuer geben in Bern.

Im Frühling waren Sie gegen das Klimaschutzgesetz und haben verloren!

Falsch. Im Kanton Uri hat eine deutliche Mehrheit Nein gesagt zu dem Gesetz. Ich war ja selbst an vorderster Front bei vielen Standaktionen und wir haben viel Lob erhalten von den Urnerinnen und Urnern für den Mut, gegen diese Mogelpackung anzukämpfen.

Gesamtschweizerisch hat es allerdings doch nicht gereicht.

Weil das Gesetz vermeintlich nichts kostet: Dabei werden CHF 3'200 Millionen Subventionen verteilt - und die Energiepreise werden massiv ansteigen. Das wird jeden Urner Haushalt stark belasten.

Man wirft der SVP immer wieder vor, sie mache nichts für den Klimaschutz und sage einfach zu allem Nein. Was entgegnen Sie?

Unsere Partei und ich persönlich haben überhaupt nichts gegen den Schutz des Klimas. Wir sind aber überzeugt, dass der eingeschlagene Weg falsch ist. Der Klimaschutz ist ein weltweites Anliegen. Europa verursacht 9 Prozent der Klimagase und hat in den letzten Jahren den Ausstoss bereits um 30 Prozent reduziert. Andere Regionen der Welt hingegen stossen immer noch jedes Jahr mehr CO₂ aus. Unsere Politik führt dazu, dass der Wohlstand in der Schweiz zurückgeht. Die vorgesehenen Massnahmen sind ein enormer finanzieller Eingriff für sämtliche Unternehmer, das Gewerbe und die Haushalte und schwächen unseren Wirtschaftsstandort. Und nicht zuletzt bringen sie die Gefahr mit sich, dass die Landwirtschaft wegstirbt. Ich bin überzeugt, dass die Urnerinnen und Urner das nicht wollen.

Jetzt sind Sie auch noch gegen die Windkraftwerke?



Claudia Brunner mit Parteipräsident Fabio Affentranger und SVP-Wahlkampfleiter Nationalrat Marcel Dettling an der Nominierungsversammlung der SVP Uri.

« Wir bezahlen enorm viel für den Strom. Das wird noch schlimmer, wenn wir in Bern nicht Gegensteuer geben. »

Claudia Brunner, Urner Nationalratskandidat und SVP-Landrätin

Nicht grundsätzlich, aber da, wo sie die Landschaft verschandeln. Um die Pläne des Bundes umzusetzen, müssten im Kanton Uri 120 Windräder stehen. Ich frage Sie: Wo sollen die überall hin? Und kann das im Interesse des Tourismus sein?

Wie wollen Sie denn die steigende Nachfrage nach Strom befriedigen?

Indem wir schnell das heutige Technologieverbot für Kernkraft aufheben. China hat eben den ersten Thorium-Reaktor in Betrieb genommen. Mit ei-

nem solchen Reaktor lassen sich 100'000 Haushalte mit Strom versorgen. Die Risiken und den radioaktiven Abfall der aktuellen Generation der Kernkraftwerke gibt es mit diesen Reaktoren nicht mehr.

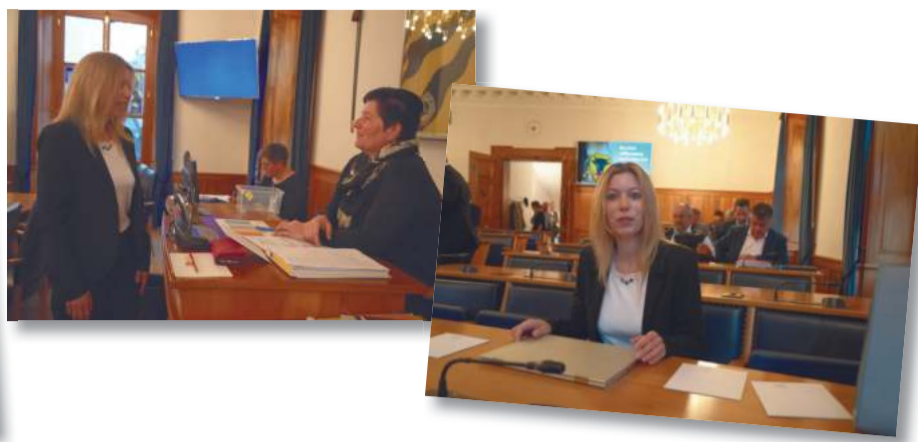
Ein wichtiges Wahlkampfthema der SVP Schweiz ist die Migration. Die spürt man aber in Uri wenig...

Der Druck nimmt auch bei uns zu. Migrantinnen und Asylbewerber zusammengerechnet, sind allein im letzten Jahr netto 180'000 Menschen in die Schweiz eingewandert. Fast fünf Mal die Bevölkerung des Kantons Uri. Wir sind die einzige politische Kraft, die



Claudia Brunner

- ▶ Claudia Brunner ist gelernte Orthopädie-Technikerin und hat ein eigenes Orthopädie-Unternehmen gegründet, das sie 2018 verkaufte.
- ▶ Durch die Liebe fand sie vor zehn Jahren in den Kanton Uri und wohnt heute in Altdorf.
- ▶ Beruflich arbeitet sie heute als Immobilienverwalterin im familieneigenen Betrieb.
- ▶ In ihrer Freizeit spielen Tiere eine wichtige Rolle, insbesondere Pferde und Geissen. Claudia reitet und hilft bei der Aufzucht mit.
- ▶ Schon als Unternehmerin hatte sie bei der SVP politisiert, wenn auch zunächst eher im Hintergrund.
- ▶ 2019 trat sie bei den Landratswahlen im Kanton Uri an und wurde auf Anhieb gewählt.
- ▶ Claudia Brunner ist unabhängig und vertritt eine pragmatische, bürgerliche Politik. Sie ist in keinen Lobbying-Organisationen, sondern vertritt einzig die Interessen der Urnerinnen und Urner.



SVP Uri im Zeichen der Konkordanz



hier klar sagt: So kann das doch nicht weitergehen. Wir reden jetzt von der 10-Millionen-Schweiz. Wo sollen alle diese Menschen hin? Wollen Sie noch längere Staus? – Letztes Jahr hatten wir in der Schweiz über 30'000 Stautunden.

Aber was ist die Lösung? – Wenn Sie die Personenfreizügigkeit kündigen, wird die EU mit Strafaktionen reagieren...

Glaube ich nicht. Schauen Sie sich die Situation in Europa an. In vielen Ländern wurden die links-grünen Regierungen abgewählt und durch bürgerliche Kräfte ersetzt, zuletzt in Schweden und Italien, auch in Spanien hat das Pendel umgeschlagen. Wir Bürgerlichen zeichnen uns dadurch aus, dass wir pragmatische Lösungen vor Ideologie stellen. Ich bin überzeugt, dass wir in einem Europa, das wieder von bürgerlichen Kräften dominiert wird, Lösungen finden.

Die Wirtschaft ächzt unter den fehlenden Fachkräften. Die SVP-Politik der eingeschränkten Zuwanderung ist da nicht eben wirtschaftsfreundlich.

Wir haben jetzt seit 20 Jahren eine massive Einwanderung, und an den Klagen, dass Fachkräfte fehlen, hat sich nichts geändert. Das belegt doch, dass die Falschen kommen und wir in einem Teufelskreis gefangen sind. Deshalb müssen wir die Einwanderung wieder selbst steuern können – wie früher, als es diese Klagen nie gab.

Kurzfristig ändert das den Fachkräftemangel aber nicht. Welche Rezepte haben Sie?

« Vollzeitangestellte sollen Überstunden ohne Steuern und Sozialabgaben ausbezahlt erhalten. »

Claudia Brunner, Urner Nationalratskandidat und SVP-Landrätin

Es gibt mehrere. Es beginnt damit, dass wir die Staatsquote senken müssen: Der Beamtenapparat ist ja immer noch die Branche in der Schweiz, die am stärksten wächst. Der Staat muss schlanker werden, es sollen weniger Menschen für den Staat arbeiten und damit der Wirtschaft wieder zur Verfügung stehen.

Reicht das?

Nein, wir müssen mehr Anreize setzen, dass gerade die jungen Menschen wieder Vollzeit arbeiten. Teilzeitarbeit soll es Eltern ermöglichen, Arbeit und Familienbetreuung flexibel zu gestalten. Aktuell aber erleben wir den Trend, dass viele gerade Jüngere einfach aus «Lifestyle»-Gründen Teilzeit arbeiten, auch wenn sie keinerlei familiäre Verpflichtungen haben. Das müssen wir korrigieren.

Und das reicht?

Eine ganz einfache Sache, die ich im Parlament vorschlagen werde: Alle, die bereits 100 Prozent arbeiten, sollen Überstunden direkt ausbezahlt bekommen – ohne darauf Steuern und Sozialabgaben bezahlen zu müssen. Ich bin überzeugt, dass das viele ermuntern würde, etwas mehr zu leis-

ten. Natürlich im Rahmen der wöchentlich durch das Arbeitsgesetz erlaubten Höchstarbeitszeit. Ich habe es einmal überschlagen: Wenn jemand bei einer 40-Std-Woche 6'000 Franken brutto verdient, könnte diese Person mit 5 Überstunden pro Woche in einem Monat rund CHF 800 zusätzlich verdienen. 5 Überstunden bedeuten, jeden Tag eine Stunde länger zu arbeiten. Wenn in einem Betrieb acht Personen dazu bereit sind, ist bereits eine unbesetzte Stelle kompensiert.

Damit haben Sie die Flüchtlingsproblematik noch nicht gelöst!

Letztes Jahr sind alleine rund 100'000 Flüchtlinge neu in die Schweiz gekommen, drei Viertel davon aus der Ukraine. Die Belastungsgrenze ist erreicht. Viele lassen sich nicht integrieren, können auch nach Jahren die Sprache nicht und arbeiten nicht. Mit unseren Steuern bezahlen wir ihr Leben. Das ist inakzeptabel. Wohin das führt, sieht man in Deutschland. Wir sehen, dass die unechten Flüchtlinge, wenn sie erst einmal da sind, kaum mehr ausser Landes zu bringen sind. Deshalb müssen wir Vorkehrungen treffen, dass sie erst gar nicht ins Land kommen können. Dafür werde ich mich in Bern einsetzen.

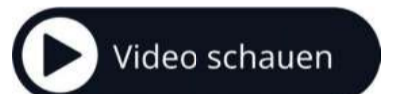
Die Nomination von Claudia Brunner zur Nationalratskandidatin erfolgte einstimmig. Dazu empfiehlt die Partei die beiden bisherigen Ständeräte zur Wiederwahl.

Für Parteipräsident Fabio Affentranger war die Nominationsversammlung für die Eidgenössischen Wahlen 2023 ein wichtiges Bekenntnis zur Konkordanz: «Als SVP stehen wir seit jeher zur Konkordanz. Die Parteien sollen gemäss ihrer Parteistärke in den politischen Gremien vertreten sein. Die Schweiz macht mit diesem Prinzip seit vielen Jahren gute Erfahrungen.

Dementsprechend beantragte der Kantonalvorstand, die beiden bisherigen Urner Ständeräte Josef Dittli (FDP) und Heidi Z'graggen (CVP) zur Wiederwahl. Die Nominationsversammlung folgte beiden Anträgen mit einem eindeutigen Mehr. Gleichzeitig machte Affentranger aber auch klar, dass die SVP als drittgrösste Partei im Rahmen der Konkordanz einen Sitz in Bern beanspruchen dürfe, zumal die Abstimmungen eine deutliche bürgerliche Urner Mehrheit auswiesen.

«Das gilt umso mehr, als wir mit Claudia Brunner eine ausserordentlich

fähige Kandidatin stellen können, die seit vielen Jahren bei der SVP politisiert, in Uri sehr schnell Fuss gefasst hat und seit bald vier Jahren als Urner Landrätin auch mit dem Parlamentsbetrieb bestens vertraut ist. Die Kantonalpartei nominierte Claudia Brunner diskussionslos mit einer langanhaltenden Standing Ovation.



Gurtnellen braucht seine Busverbindung

Gurtnellen kämpft um eine Busverbindung. Über 1500 Menschen haben eine Petition unterschrieben, um die Busverbindung zurückzu erhalten, die Ende 2021 gekappt wurde.

Zur Begründung hiess es damals, die Kosten seien zu hoch, das Angebot werde zu wenig genutzt.

Dagegen wehren sich nun die Anwohnerinnen und Anwohner – mit Unterstützung von SVP-Nationalratskandidatin Claudia Brunner. «Ich verstehe, dass diese Busverbindung für die Gastronomie, den Tourismus, die Bergbahnen, aber auch

für die Einheimischen wichtig ist», sagt Brunner. «Es kann nicht sein, dass dieser Service public einfach gekappt wird. Da wird meines Erachtens definitiv am falschen Ort gespart.»

Die Initiantin der Unterschriftensammlung, Astrid Dittli-Baumann, hofft, dass mit den Unterschriften Bewegung in die Sache kommt und der Gemeinderat versuchen wird, mit dem Kanton eine Lösung zu finden. «Ich bin ja auch noch Landrätin, und wenn nichts geht, werde ich das Thema dort einbringen», verspricht Claudia Brunner. «Wir dürfen doch unsere abgelegeneren Gemeinden nicht einfach vom ÖV abschneiden.»





Symbolbild: Envato Elements

Immer mehr Wölfe gefährden Urner Alpwirtschaften und Tourismus

Der Wolf vermehrt sich in der Schweiz exponentiell. Ein zunehmendes Problem für Bauern, Schafhirten und Äpler. Die Schäden beliefen sich 2022 bereits auf knapp 900'000 Franken. Politische Unterstützung für die Landwirte kommt aktuell einzig von der SVP.

An einer kürzlich in Bürglen durch Claudia Brunner organisierten Veranstaltung mit über 250 Gästen sprach die Obwaldner SVP-Nationalrätin Monika Rüeeggert Klartext: «Es ist für uns schwierig, in Bern für greifbare Lösungen zu kämpfen, wenn nicht einmal die Kantonsregierungen der Bergregionen mitziehen», sagte die Engelbergerin, die selbst aus einer Bauernfamilie kommt.

Als Beispiel nennt sie die Option einer kantonalen Kompetenz, Wölfe schnell

zum Abschuss freizugeben. «Aktuell muss der Bund über jeden Abschuss entscheiden.» Meist sei der Wolf über alle Berge, bis der Entscheid aus Bern eintreffe. «Hier hätte ich mehr Eigenverantwortung der Bergkantone erwartet, schliesslich kennen sie das Leid der betroffenen Bauern am besten», sagt Rüeeggert.

Fehlendes Problembewusstsein

Dass das Problembewusstsein vielerorts nicht – oder noch nicht – ausreichend vorhanden ist, stellt auch Felix

Jauch fest von der Vereinigung zum Schutz von Jagd- und Nutztieren vor Grossraubtieren in der Zentralschweiz VSVGZ. «Wenn ich mit einem Aargauer Bauer erst diskutieren muss, weil er das Problem gar nicht erkennt, dann fehlt es doch an der Solidarität unter uns Landwirten.» Für Claudia Brunner ist auch unverständlich, dass der Tierschutz sich nicht engagiert: «Es ist für mich nicht nachvollziehbar, dass der Tierschutz hier einfach schweigt und zuschaut, wie Schafe und Ziegen qualvoll leiden müssen,

die von Wölfen im Blutausch gerissen werden.»

Herdenschutz zieht nicht

Den Einwand, mit einem richtigen Herdenschutz liessen sich die Risse vermeiden, lassen die Praktiker von der Front nicht gelten. Die verlangten Zäune böten keinen ausreichenden Schutz - was sich ja alleine schon daran zeigt, dass die Schäden, die dem BAFU gemeldet wurden, von 2021 auf das Folgejahr auf das Doppelte stiegen.

Aber auch aus Gründen der Biodiversität stehen die Zäune bei den Praktikern in der Kritik. Miriam Grab-Itten ist die Sprecherin des privaten Komitees, das die neue Wolfsinitiative lancierte. In der Fachzeitschrift «Schweizer Bauer» sagt sie: «Auf unseren Flächen gibt es Fuchs- und Dachsbauten, Rehe kommen auf die Weideflächen zum Gras. Die Wildtiere können sich frei bewegen. Würden wir einen herdenschutztauglichen Zaun stellen, um Wölfe abzuhalten, zerschneiden wir gleichzeitig den Lebensraum von allen anderen Wildtieren.» Für sie ist nicht nachvollziehbar, warum die Interessen des Wolfs höher gewichtet werden sollen als alle anderen.

Auch Felix Jauch hält von den Herdenschutzmassnahmen wenig. Er schaffte einen Herdenhund an, um seine Schafe zu schützen. Mit dem Ergebnis, dass ihm eine Wanderin mit einer Strafanzeige drohte und er sich gegenüber dem Kanton rechtfertigen musste. «Herdenhunde, die ihre Aufgabe wahrnehmen, schaffen Konflikte mit dem Tourismus», sagt er.

Interessen besser vertreten

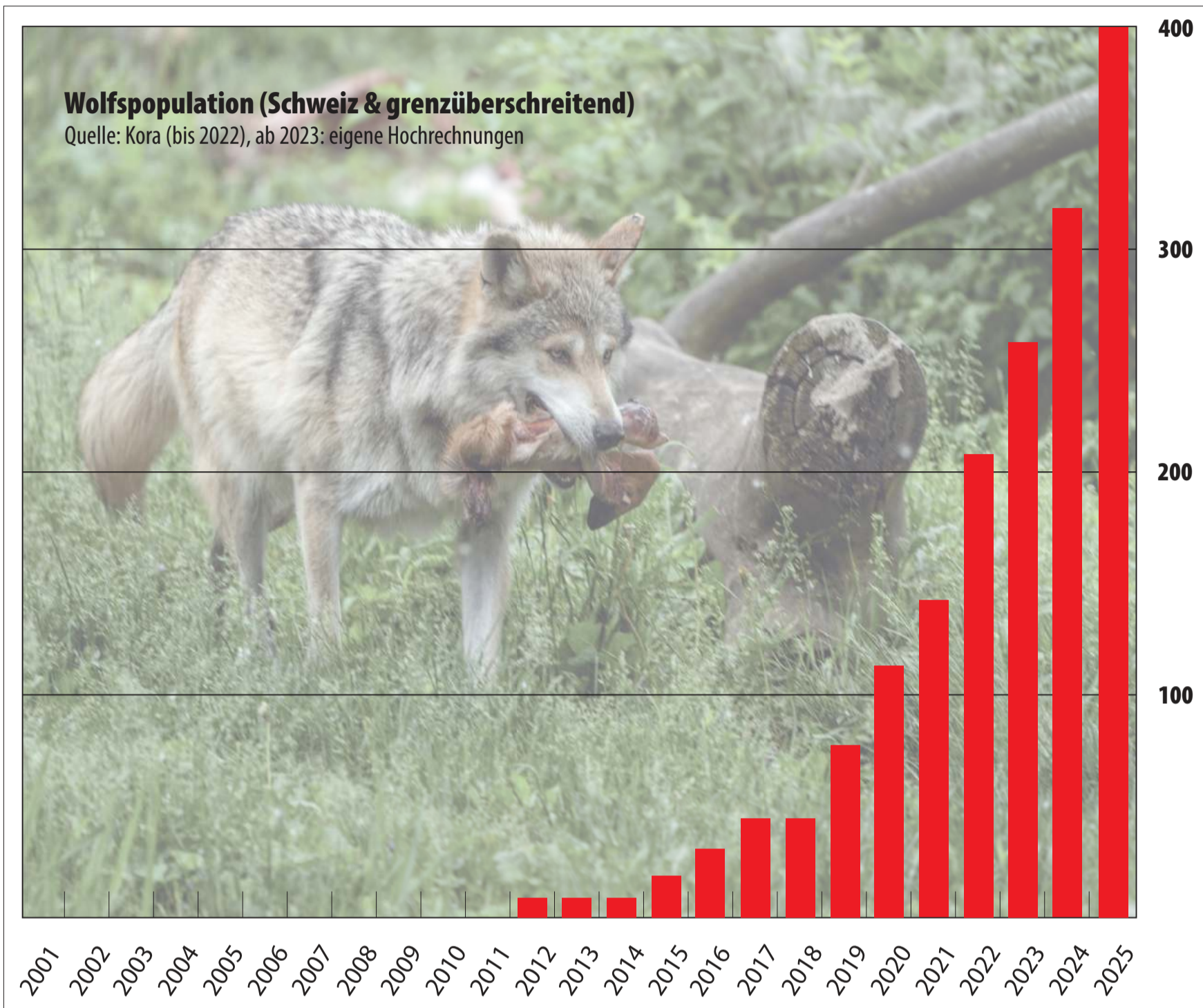
Unter den Gästen in Bürglen war deutlich zu spüren, dass sie nicht länger hinnehmen wollen, wie ihre Existenzen dem Wolf geopfert werden. Auch die Unzufriedenheit mit der Politik kam deutlich zum Ausdruck. Für Claudia Brunner ist klar, dass nur eine verlässliche bürgerliche Stimme in Bern etwas bewirken kann. «Man muss in Bern das Leid der Bergbevölkerung aufzeigen, statt den Wolf als Märchenfigur zu verklären.»

Felix Jauch rief in Erinnerung, es sei wichtig, sich bei Wahlen genau zu überlegen, wen man ins Parlament wähle. «Versprechungen machen viele, aber Taten lassen sie dann doch nicht folgen. Ich stelle fest, dass wir einzig mit der SVP einen verlässlichen Partner haben.»

Und Nationalrätin Monika Rüeeggert ergänzt: «Ich setze grosse Hoffnungen auf Bundesrat Albert Rösti. Er kommt schliesslich aus dem Berner Oberland



Volles Haus an der Info-Veranstaltung zum Wolf in Bürglen (Bilder: Franz Imholz)

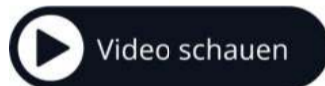


« Ich unterstütze die Wolfsinitiative rund um das Komitee von Miriam Grab-Iten voll und ganz. Für mich ist es nicht akzeptabel, dass die Interessen des Wolfs vor alle anderen Interessen gestellt werden, wie das gegenwärtig passiert. Die Entwicklung der Wolfspopulation zeigt, dass das Problem sich bei der gegenwärtigen Schweizer Gesetzeslage in den nächsten Monaten und Jahren noch verschärfen wird. Die Wölfe vermehren sich bei uns so schnell, dass Angriffe auch im Mittelland Alltag werden dürften, wenn wir nichts tun. In Deutschland passiert das ja heute bereits.

Ob die Wolfsinitiative heute mehrheitsfähig wäre, weiss ich nicht. Bis zu einer Abstimmung dauert es ja auch noch einige Jahre. Die Fakten zeigen, dass die Problematik sich wohl schon lange vorher so verschärfen wird, dass dringliche Massnahmen ergriffen werden müssen. Allerdings befürchte ich, dass bis dahin schon zu viel Schaden angerichtet ist. Beispielsweise, weil heutige Alpwirtschaften aufgegeben werden. Deshalb dürfen wir keine Zeit verlieren und müssen so schnell wie möglich handeln. »

und ist selbst ein ‚Bergler‘. Zum Glück steht er jetzt dem BAFU vor und ist damit ‚oberster Jagdvorsteher‘.»

Allerdings könne auch er nur innerhalb der gesetzlichen Grenzen agieren. «Und damit Gesetzesanpassungen möglich werden, braucht es ein bürgerliches Parlament. Deshalb freue ich mich sehr, wenn Claudia Brunner gewählt wird und wir eine Stimme mehr sind, welche sich engagiert gegen die steigende Wolfspopulation wehrt.»



Auch US-Experte sieht keinen Platz für den Wolf in Europa

Douglas Smith ist studierter Wildbiologe und arbeitet im Yellowstone Nationalpark in den USA, wo er die Wölfe studiert. Gegenüber Wölfen in Europa ist er skeptisch.

Der Yellowstone Nationalpark wird von den Wolf-Fans und vielen selbsternannten Fachleuten in der Schweiz immer wieder gerne als beispielhaft dargestellt für den Nutzen, den Wölfe in der Natur stiften und die positiven Auswirkungen, die Wölfe für die Biodiversität hätten.

Was sie vergessen: Der Yellowstone Nationalpark ist so gross wie die Kantone Uri und Graubünden zusammen - und so gut wie unbesiedelt. Im Sommer leben im Yellowstone-Park insgesamt etwa 4'500 Arbeiter. Auf der selben Fläche in der Schweiz leben rund 240'000 Menschen.

Gemäss jüngsten Zahlen des Nationalparks vom Januar 2023 leben auf dem riesigen und mehrheitlich unbewohnten Gebiet des Yellowstone-Nationalparks von 9000 Quadratkilometern aktuell «mindestens 108 Wölfe».

Die Population habe sich seit 2009 mehr oder weniger stabil gehalten, schreibt der Nationalpark auf seiner Webseite. Ein exponentielles Wachstum der Population wie in der Schweiz findet bei den Yellowstone-Wölfen nicht statt.

Wildbiologe Smith ist deshalb skeptisch, was die Besiedelung des Wolfs

in dicht besiedelten Gebieten wie der Schweiz - oder generell in Europa angeht.

Schon 2015 sagte er in einem Interview in der Sächsischen Zeitung (kostenfrei nachzulesen auf www.sandstein-blogger.de): «Fakt ist, dass Wölfe viel Platz benötigen, in dicht besiedelten Gebieten machen sie uns manchmal das Leben schwer. Die wenigsten Konflikte gibt es daher in dünn besiedelten Gebieten. In dieser Hinsicht glaube ich, dass ein grosser Teil Europas nicht besonders gut geeignet für Wölfe ist.»

Die Wolfsinitiative will die Bundesverfassung mit dem nachfolgenden Passus ergänzen:

- Art. 79a Wölfe**
1. Auf dem Gebiet des Schweizerischen Nationalparks hat der Wolf den Status einer geschützten Art.
2. Im übrigen Gebiet der Schweiz gelten Wölfe als ganzjährig jagdbare Art.

Art. 197
Übergangsbestimmung zu Art. 79a Die Ausführungsbestimmungen zu Artikel 79a treten spätestens zwei

Das will die Wolfsinitiative

Jahre nach dessen Annahme durch Volk und Stände in Kraft.

Die Wolfsinitiative wurde von einem privaten Komitee um die (Mit-)Initiantin Miriam Grab-Iten aus Unterägeri lanciert. Die Unterschriftensammlung läuft aktuell. Unterschriftenbogen können direkt aus dem Internet heruntergeladen werden unter der Adresse www.wolfsinitiative.ch.

Für ein Zustandekommen der Initiative werden 100'000 Unterschriften von Stimmberechtigten benötigt. Die Unterschriften müssen innerhalb von 18 Monaten zustandekommen.

Urner Asylbewerber verklagt die Schweiz in Strassburg - und gewinnt

100'000 Flüchtlinge sind allein im Jahr 2022 neu in die Schweiz gekommen - davon 75'000 aus der Ukraine. Zusammen mit der Nettomigration von 80'000 Migranten ist die Wohnbevölkerung damit alleine 2022 um 180'000 Personen gewachsen. Beim Familiennachzug von eigentlich abgelehnten Asylgesuchen sollen jetzt gemäss einem neuen Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte die Schleusen noch mehr geöffnet werden, wie ein Urner Fall zeigt.



Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg EGMR – nicht zu verwechseln mit dem EuGH, dem Europäischen Gerichtshof der EU, wacht über die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Seine Urteile geraten regelmässig in die Kritik, weil der EGMR soziale Rechte aus den Menschenrechten ableitet, die bei der Verabschiedung der EMRK nie Thema waren.

(Bild: Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte)

Ein Familienvater aus Tibet ist in die Schweiz geflüchtet und beantragt hier Asyl. Dem Mann werden zwar die Flüchtlingseigenschaften anerkannt, sein Asylantrag wird aber gleichwohl abgelehnt, weil der Mann in seiner Heimat nicht verfolgt worden war und erst durch seine Flucht politisch gefährdet ist. Aufgrund dieser von ihm selbst geschaffenen Gefährdung darf er als «vorläufig Aufgenommener» in der Schweiz verbleiben und erhält einen sogenannten F-Ausweis.

Der Familie fehlen pro Monat über 1200 Franken

Der Mann möchte in der Folge auch seine Frau und seine zwei Kinder in die Schweiz holen, was ihm von den Behörden aber verweigert wird. Der Grund: Der Tibeter arbeitet in einem Pflegeheim in Uri und verdient pro Monat weniger als 4'000 Franken. Die Behörden berechnen für die Eltern und zwei Kinder aber monatliche Ausgaben von 4'777 Franken. Das sind 1200 Franken weniger als die 3'577 Franken, die der Familie zur Verfügung stehen würden. Ein Fehlbetrag, den am Ende die Urner Steuerzahlerinnen und Steuerzahler via Sozialhilfe berappen müssten.

Seit 2005 klare Gesetzesgrundlage

Das Gesuch des Mannes um Familiennachzug wird deshalb abgewiesen. Der Mann hatte vergeblich argumentiert, er und seine Familie würden bescheiden leben und der Fehlbetrag deshalb nur 312 Franken pro Monat betragen.

Einen Anspruch auf Familiennachzug hätte er nach geltenden Schweizer Gesetzen eben auch dann nicht gehabt. Das Parlament hatte 2005 nämlich beschlossen, ein Familiennachzug für vorläufig aufgenommene Flüchtlinge sei nur möglich, wenn eine Familie nicht auf Sozialhilfe angewiesen ist.

Klage in Strassburg

Der Tibeter klagt in der Folge am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gegen die Schweiz – und hat nun vor kurzem Recht erhalten. Der EGMR hält in seinem Urteil fest, die generelle Schweizer Regelung – kein Familiennachzug bei Sozialhilfeabhängigkeit – verstosse gegen die Menschenrechtskonvention und insbesondere das Grundrecht auf ein Familienleben.

Sozialhilfeabhängigkeit darf ein Thema sein, aber nur zurückhaltend

Das Gericht hielt zwar fest, dass die Sozialhilfeabhängigkeit ein Kriterium sein dürfe, wenn es um den Familiennachzug geht. Es müsse aber in jedem Einzelfall geprüft werden. Eine andere Person hatte ebenfalls auf Familiennachzug geklagt, sich aber nie darum bemüht, selbst für ihren Unterhalt aufzukommen. Ihre Beschwerde wies der EGMR ab. Gutgeheissen wurden hingegen nebst dem Urner Fall auch die Beschwerde einer arbeitsunfähigen Person sowie einer teilzeitarbeitenden Mutter, die nebenher noch drei Kinder betreut. Sie alle dürfen ihre Familien in die Schweiz bringen.

Der Steuerzahler darf bezahlen

Im Resultat werden diese Urteile also dazu führen, dass die Schweizer Steuerzahler künftig auch für den Familiennachzug von Flüchtlingen bezahlen müssen, die nur vorläufig aufgenommen sind. Die Flüchtlingsorganisationen verlangten bereits, kaum war das Urteil publiziert, dass der Familiennachzug mit diesem Urteil für alle «vorläufig Aufgenommenen» erleichtert werden müsse – mitsamt aller finanzieller Folgen für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Jubel bei den Hilfsorganisationen

Bei den Migrationrechtsanwälten, welche Flüchtlinge in diesen Rechtsverfahren betreuen, ist derweil die Genugtuung gross. Rechtsanwältin Stephanie Motz frohlockte im Tages-Anzeiger, das Urteil sei «sehr klar» und mache deutlich, dass der Familiennachzug nur dann verweigert werden dürfe, wenn sich jemand überhaupt nicht bemühe, für den Unterhalt seiner Familie aufzukommen.

Auch Schweizer Richter im Spruchkörper

An dem Urteil im Fall 15500/18, das im Frühling publik wurde, war übrigens auch der 66-jährige ehemalige Schweizer Bundesrichter Andreas Zünd (SP) beteiligt, der seit zwei Jahren als Richter am EGMR amtiert. Im Blick sagte er zu dem Urteil: «Es mag eine Verurteilung sein. Aber jedes Urteil ist ein Gewinn für die Schweiz, weil es das Recht voranbringt.»

Das ist nicht die Gastfreundschaft, die wir meinen

Die Schweiz hat eine humanitäre Tradition. Und auf die sind wir stolz. Sie besteht darin, dass wir Menschen, die politisch verfolgt werden, einen sicheren Unterschlupf gewähren. Jedem Urner, der einmal eine ordentliche Kinderstube durchlaufen hat, ist dabei klar: Kämen wir selbst je in die Situation, dass wir in einem anderen Land Schutz suchen müssten, dann würden wir alles dafür tun, unserem Gastgeber möglichst nicht noch zur Last zu fallen. Sondern uns im Gegenteil bemühen, möglichst schnell auf eigenen Füüssen zu stehen, uns zu integrieren und unseren Beitrag zu leisten für die Gesellschaft, die uns so grosszügig geholfen und aufgenommen hat.

Nur: Dieses Denken fehlt heute bei so vielen, die bei uns Schutz suchen. Stattdessen kommen sie mit einer Erwartungshaltung und Forderungen, die von wenig Respekt zeugen gegenüber ihren Gastgebern.

Zu unserem grossen Ärger wird diese Anspruchshaltung vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte regelmässig noch geschützt, indem er den Gastgeberländern Bürden und Kosten auferlegt, die nur noch für Kopfschütteln sorgen bei all denjenigen, die dafür aufkommen müssen. Der Gerichtshof erweist der guten Sache



Fabio Affentranger
Kantonalpräsident SVP Uri

damit einen Bärenienst. Denn solche Urteile führen nur zu Missmut in der Bevölkerung und zu weniger Akzeptanz gegenüber Flüchtlingen. Was ich absolut verstehen kann.

In Deutschland, wo der Unmut über die vielen integrationsunwilligen «Flüchtlinge» noch grösser ist als bei uns, kommt nun Bewegung in die Diskussion. Vor kurzem forderte ein CDU-Politiker den Tatbeweis für Flüchtlinge. Wer Gastrecht beanspruche aufgrund von behaupteter Verfolgung, soll zumindest zu einem Arbeitseinsatz angehalten werden können. Bislang hiess es immer, das wäre «Zwangsarbeit» und nicht mit den Menschenrechten vereinbar. Aber warum eigentlich nicht?



Hilfsbereitschaft ja, aber mit Grenzen. Freiwillige betreuen Flüchtlinge.

(Symbolbild: Pressmaster/Envato Elements)

Keine Wohnungskündigungen für Asylheime

Im Frühling 2023 sorgten zwei Gemeinden für negative Schlagzeilen, weil sie langjährigen Mietern gemeindeeigene Wohnungen gekündigt hatten. Grund: Sie brauchten den Wohnraum für Asylbewerber oder Flüchtlinge, die ihnen vom Kanton zugewiesen worden waren. Die Vorfälle sorgen schweizweit für Empörung. Der Tenor lautete praktisch unisono: Es kann doch nicht sein, dass Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler vor die Tür gesetzt werden, um Flüchtlinge unterbringen zu können.

SVP-Landrätin Claudia Brunner reichte in der Folge eine Interpellation ein, in der sie vom Regierungsrat Auskunft darüber verlangt, wie der

Wohnungsstand im Kanton aussieht und ob noch Aufnahmepotenzial für ukrainische Flüchtlinge und Asylmigranten vorhanden sei. Darüber hinaus will der Vorstoss Auskunft darüber, ob die Gefahr bestehe, dass es auch im Kanton Uri zu Zwangskündigungen kommen könnte.

Schliesslich fragen die Interpellanten, wie viele Ausländer ohne Schweizer Krankenversicherung jährlich behandelt würden und welche Kosten dem Kanton dadurch entstünden. Der Vorstoss von Claudia Brunner wurde von FDP-Landrat Ruedi Cathry mitunterzeichnet. Eine Antwort der Urner Regierung stand bei Redaktionsschluss noch aus.

Wir unterstützen Claudia Brunner als Nationalrätin für den Kanton Uri



Ich erlebe Claudia Brunner als sehr engagierte Landrätin, welche sich sehr für die Anliegen der Urnerinnen und Urner interessiert und diese auch spürt. Mit Claudia, Heidi Z'graggen und Josef Dittli wäre der Kanton Uri in der SVP-Fraktion, wie auch der Mitte- und der FDP-Fraktion vertreten. Somit würden die Interessen und Sorgen der Urnerinnen und Urner breit abgestützt und mit mehr Gewicht im Bundeshaus in Bern platziert!

Martin Huser
Landratspräsident, Unterschächen



Nicht als Urnerin, aber als Obwaldner Nationalrätin empfehle ich Ihnen Claudia Brunner herzlichst zur Wahl. Ich habe Claudia im Wahlkampf kennengelernt und habe grosse Achtung vor ihrem Engagement. Ich bin überzeugt, dass sie in Bern mit ihrer gewinnenden Art deutlich mehr für den Kanton Uri erreichen wird.

Monika Rüeegger
Nationalrätin SVP OW, Engelberg



Claudia Brunner, die engagierte, freundliche und interessierte Politikerin, kennt die Sorgen und Nöte des Urner Volkes. Dank ihres umfassenden Engagements speziell für die Land- und Forstwirtschaft und die Seitentäler, ist Claudia Brunner die kompetenteste Vertretung des Standes Uri für den Nationalrat.

Franz Imholz
Landrat, Spiringen



Claudia Brunner erhält meine Stimme, weil sie sich einsetzt für eine gradlinige, lösungsorientierte und kompromissfähige Politik. Sie betreibt eine gesunde Familienpolitik, stärkt die einheimische Wirtschaft und das Gewerbe, sorgt für den Erhalt der Arbeitsplätze und einer nachhaltigen Landwirtschaft, die uns mit gesunden Lebensmitteln versorgt.

Walter Baumann,
Landrat, Göschenen



Leider kann ich Claudia Brunner nicht wählen, aber als SVP-Wahlkampfleiter freue ich mich, dass der Kanton Uri eine so kompetente und fleissige Kandidatin für den Nationalrat vorgeschlagen hat. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Urner Bevölkerung ihr das Vertrauen ausspricht und bin überzeugt, dass Claudia eine würdige Nachfolgerin für den viel zu früh verstorbenen Beat Arnold ist.

Marcel Dettling
Nationalrat & SVP-Wahlkampfleiter, Oberiberg



Ich empfehle Claudia Brunner als Nationalrätin, weil sie bodenständig und pragmatisch politisiert. Sie nimmt zudem die aktuellen Anliegen der Urnerinnen und Urner ernst, um diese auch in Bern zu vertreten.

Christian Schuler
Fraktionspräsident SVP, Landrat, Erstfeld



« Als Bundesrat im Ruhestand und Zürcher Oberländer kann ich Claudia Brunner zwar nicht mehr wählen, seit sie vor einigen Jahren nach Uri umgezogen ist. Wäre sie es nicht, würde ich das aber auf jeden Fall tun. Ich habe in meiner aktiven Zeit als Bundesrat selbst erlebt, dass kleinere Kantone wie Uri mit frischen, mutigen und unverbrauchten Kräften wie Claudia besser punkten können. »

Ueli Maurer
alt Bundesrat



Ich empfehle Claudia Brunner als Nationalrätin, weil sie bodenständig und pragmatisch politisiert. Sie nimmt vor allem die aktuellen Anliegen der Urnerinnen und Urner ernst, um diese auch in Bern zu vertreten.

Pascal Arnold
Landrat, Flüelen



Claudia Brunner engagiert sich für die Anliegen der jungen Generation. Darüber hinaus setzt sie sich mit Herzblut für die Landwirtschaft im Kanton Uri ein. Deshalb erhält sie meine Stimme.

David Baumann
Präsident Jung-SVP, Erstfeld



Claudia Brunner setzt sich mit Herzblut für die Landwirtschaft im Kanton Uri ein. Sie packt die realen Probleme mit den Grossraubtieren an. Ich wähle Claudia Brunner in den Nationalrat und empfehle allen, Claudia Brunner auf den Wahlzettel zu schreiben.

Alois Arnold
Landrat, Bürglen



Claudia Brunner ist sehr gut vernetzt in Uri - auch wenn sie nicht ursprünglich aus dem Urnerland stammt. Sie ist meinungsstark und durchsetzungsfähig - und bringt damit schlicht alles mit, was es braucht, um in Bern mehr für unseren Kanton zu erreichen.

Vincenz Arnold
Landrat, Schattdorf



Ich wähle Claudia, weil sie ein gutes Gespür dafür hat, wie die Mehrheit der Urner Bevölkerung denkt. Sie wird uns damit in Bern bestens vertreten. Darüber hinaus macht es einfach auch Sinn, dass der Kanton Uri in der grössten und damit gewichtigsten Fraktion in Bern vertreten ist.

Daniel Müller
Landrat, Silenen



Ich wähle Claudia Brunner in den Nationalrat, damit die Landwirtschaft mit der Urner Stimme unterstützt wird. Insbesondere beim Thema Wolf darf die Urner Vertretung nicht noch einmal vier Jahre abseits stehen. Wir brauchen Claudia Brunner dringend in Bern.

Alois Arnold
Landrat, Bürglen



Mit Claudia Brunner stellt sich eine hervorragende bürgerliche Kraft für unseren Bergkanton Uri als Nationalrätin zur Wahl. Schenken wir dieser Frau das Vertrauen und geben wir die Stimme am 22.Okt. 2023 als Urner-Nationalrätin an Claudia Brunner Altdorf.

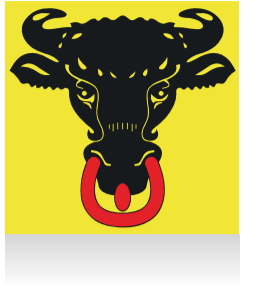
Hansueli Gisler
Landrat, Bürglen



Dank ihrer bodenständigen Art geht Claudia politische Themen vernünftig und lösungsorientiert an. Als kompetente Frau versteht und vertritt sie die Bedürfnisse des Urner Volks und setzt sich mit grossem Engagement für diese Bedürfnisse ein.

Elias Arnold
Landrat, Altdorf

So wählen Sie in Uri richtig!



1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert, darin finden Sie folgendes Material für die Nationalratswahlen:

- Kleines weisses Couvert mit weissem Nationalratswahlzettel
- Stimmrechtsausweis

2. Weissen Wahlzettel ausfüllen

Füllen Sie den weissen Nationalratswahlzettel mit dem Namen «**Brunner Claudia**» und dem Wohnort «**Altdorf**» aus.

3. SVP-Nationalratswahlzettel ins kleine weisse Couvert:

Legen Sie den weissen Nationalratswahlzettel mit dem Namen «Brunner Claudia» ins kleine weisse Couvert.

4. Stimmrechtsausweis unterschreiben:

Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.

5. Alles ins grosse Couvert:

Kleines weisses Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, **so dass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster zu sehen ist.** Und dann ab in die Post oder Einwerfen bei Ihrer Gemeinde.

6. Abschicken:

Couvert bis spätestens **18. Oktober per A-Post** aufgeben oder **bis 20. Oktober auf die Gemeinde** bringen oder **am 22. Oktober an die Urne** gehen.

Achtung!

- Wahlzettel, die nicht handschriftlich ausgefüllt sind, gelten als ungültig!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!



Claudia Brunner in den Nationalrat

dynamisch - bodenständig - engagiert

